



Bericht über die Menschenrechtsarbeit 2013

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)
Geiststraße 7
37073 Göttingen
Tel. 0551 499 060 – Fax 0551 58028
E-Mail: info@gfbv.de – www.gfbv.de



Koordination: Inse Geismar

Veröffentlicht zur Jahreshauptversammlung am 20./21. September 2014 in Göttingen

INHALTSVERZEICHNIS

Geleitwort	5
Europa	6
Bosnien-Herzegowina – Menschenrechtsinitiativen der GfbV-Bosnien und Herzegowina - Flüchtlinge – Russland und Nordkaukasus	
Nahost	12
Syrien – Irak – Türkei – Iran	
Afrika	16
Ägypten – Äthiopien – Libyen – Mali – Mauretanien – Nigeria – Sudan – Südsudan Zentralafrikanische Republik – Sonstige Aktivitäten	
Asien	21
China/Tibet/Ostturkestan –Vietnam – Pakistan – Sri Lanka – Indien – Japan – Burma (Myanmar) - Kambodscha	
Indigene Völker	28
First Nations in Kanada – Leonard Peltier – Mapuche in Chile – Ashaninka in Brasilien Samen in Schweden	
Arbeit bei den Vereinten Nationen	31
Länderprüfberichte - mündliche und schriftliche Stellungnahmen – Aide Mémoires	
Aktionen	32
Regionalgruppen	34
Presse und Medienecho	36
GfbV-Zeitschrift: bedrohte Völker – pogrom	44
GfbV in Berlin	46
Geschäftsführung und Finanzen	47
So funktioniert die GfbV - Organigramm – Einnahmen – Ertrag und Aufwand - Bilanz	
Das GfbV-Team	57
Vorstand - Kassenprüfer- Schiedskommission – Mitarbeiter – Praktikanten – Mitglieder – Förderer- Abonnenten	
Adressen	59

VORWORT

Rechtzeitig zu unserer diesjährigen Jahresversammlung vom 19.-21. September 2014 legen wir Ihnen den Arbeitsbericht unserer hauptamtlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in den Büros der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) in Göttingen und Berlin vor. Aus der 1968 gegründeten Hamburger Aktion Biafra-Hilfe, initiiert von zwei Studenten und dann getragen von einem ehrenamtlichen Arbeitskreis von Arbeitern, Angestellten, Krankenschwestern, Ärzten, Pastoren und anderen, ist unsere internationale Menschenrechtsorganisation entstanden. Heute hat sie beratenden Status bei den Vereinten Nationen und mitwirkendem Status beim Europarat. GfbV-Sektionen arbeiten selbständig, aber für das gleiche Ziel in Deutschland, der Schweiz, Österreich, Südtirol/Italien, Bosnien und Herzegowina sowie Irakisch-Kurdistan und ist mit Repräsentanten auch in den USA; in Großbritannien und Luxemburg vertreten.

Seit mehr als 20 Jahren hat unsere Menschenrechtsorganisation das Privileg, mündliche und schriftliche Stellungnahmen, die sog. AIDE MEMOIRES, bei den Vereinten Nationen einzubringen. Lange hatten wir auf die Verleihung des beratenden Status bei den Vereinten Nationen warten müssen. Erst der Umbruch im Ostblock öffnete uns die Türen. Es war eine freudige Überraschung für mich im Spätsommer 1993, als mir in New York auch die neuen UN-Repräsentanten von Kuba, Russland und den ehemaligen Satellitenstaaten Osteuropas entgegenkamen und mir versicherten, auch sie würden jetzt dafür stimmen, dass unserer Menschenrechtsorganisation der beratende Status gewährt wird. So können wir immer wieder Eingaben für verfolgte Minderheiten machen, unsere kritischen Stellungnahmen über Menschenrechtsverletzungen werden als offizielles Dokument publiziert und Minderheitenrepräsentanten können wir vor UN-Gremien eine Stimme geben. Auf den folgenden Seiten geben wir Ihnen auch einen Einblick in die Vielfalt unserer Initiativen bei den Vereinten Nationen.

Alles, was wir gemeinsam unternehmen - und das müssen wir uns immer wieder vor Augen führen - wird mitgetragen und erhalten von vielen tausend Menschen, von Ehrenamtlichen. Da sind die Praktikantinnen und Praktikanten, die aus fast allen Bundesländern, aus anderen Ländern Europas und sogar aus Übersee zu uns kommen und vielfach unsere Arbeit nach dem Ende ihres Praktikums weiter unterstützen. Da sind die Repräsentanten und Angehörigen bedrohter Minderheiten, die als Flüchtlinge und Vertriebene zu uns gekommen sind und sich nun selber an unserer Arbeit beteiligen. Da sind die regionalen Arbeitsgruppen und nicht zuletzt unser ehrenamtlicher Vorstand, der fast jeden Monat zusammenkommt und wichtige Entscheidungen trifft. Und schließlich die großen Kreise unserer Mitglieder, Förderer, Spender und Abonnenten. Ohne sie alle könnte die Gesellschaft für bedrohte Völker ihre Menschenrechtsinitiativen, die wir Ihnen hier vorstellen, nicht leisten.

Ihnen allen schulden wir Dank und Anerkennung

Tilman Zülch

Gründer und Generalsekretär der Gesellschaft für bedrohte Völker

EUROPA

Bosnien und Herzegowina

Wir setzten uns 2013 unmissverständlich für ein souveränes und vereintes Bosnien und Herzegowina ein und engagierten uns dafür, dass dem Land eine **schnelle EU-Beitrittsperspektive** geboten wird. Wir appellierten an die Bundesregierung sowie an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages am 25. Juni 2013, keine EU-Beitrittsverhandlungen mit Serbien aufzunehmen, solange die Teilung Bosnien-Herzegowinas aufrechterhalten wird.

Am 6. September 2013 machte der Oberste Gerichtshof der Niederlande den niederländischen Staat für den Tod von drei Bosniaken verantwortlich, die während des Massakers von Srebrenica im Juli 1995 von serbischen Truppen ermordet wurden. Klage erhoben hatten Hasan Nuhanovic sowie die Ehefrau und Kinder von Rizo Mustafic, deren Angehörige in Srebrenica ermordet wurden. Die GfbV unterstützte Hasan Nuhanović und die Familie Mustafic seit der Klageerhebung im Jahr 2002 – im Rahmen der **Kampagne „Gegen Straflosigkeit und für Gerechtigkeit für die Opfer des Völkermordes“**. In Zusammenarbeit mit der niederländischen Organisation Pax Christi hat die GfbV die Kläger zu Mahnwachen begleitet sowie nationale und internationale Medien informiert. Das Urteil des Gerichtes ist eine historische Zäsur. Es könnte große Auswirkungen auf weltweite Friedensmissionen haben. Der Richterspruch legt nahe, dass sich UN-Mitgliedsstaaten, die Blauhelme in Kriegsgebiete entsenden, nicht mehr auf die Immunität der UN-Truppen berufen können, sondern selbst mehr Haftung übernehmen müssen.

Am 19.01.2013 wurde im Haus der Demokratie und Menschenrechte in Berlin die **Wanderausstellung über die vergessenen Flüchtlingslager** in Bosnien-Herzegowina eröffnet, an der die GfbV-Südosteuropareferentin Jasna Causevic mitgewirkt hat und die zuvor schon in Frankfurt/Main gezeigt, am 30. Juli 2013 in Erfurt und im September in Karlsruhe gezeigt wurde. Die Ausstellung wurde initiiert von der bosnisch-herzegowinischen Hilfsorganisation "Merhamet MDD" (dt.: Barmherzigkeit), die sich bereits seit Jahren für die Vertriebenen in den Flüchtlingslagern Bosnien und Herzegowinas engagiert. Die GfbV erstellte die Ausstellungstexte und legte das Hintergrundmaterial zum Krieg in Bosnien (1992-1995) aus.

Anlässlich des **18. Jahrestages des Massakers von Srebrenica** (11.7.1995) erinnerte die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) GfbV gemeinsam mit der Bosniakischen Kulturgemeinschaft „Hannover“ e.V. und der bosnischen Diaspora in Deutschland am 11.07.2013 mit einer Mahnwache in Hannover an das Völkermordverbrechen serbischer Truppen in der ostbosnischen Stadt. Vor 18 Jahren marschierten serbische Truppen unter dem Kommando von General Ratko Mladic in der damaligen UN-Schutzzone ein. Die dort stationierten niederländischen Blauhelme schützten die Einwohner und Flüchtlinge, die in Srebrenica Zuflucht gesucht hatten, nicht: 8.372 Bosnier wurden ermordet, unter ihnen mehr als 1.000 Jugendliche und 510 Frauen. Bis zum 11.07.2013 wurden sterbliche Überreste von 7.000 Ermordeten exhumiert, etwa 6.800 davon auch identifiziert und 5.657 beerdigt. Am 11.07.2013 wurden weitere 409 Opfer auf dem Friedhof im Gedenkzentrum in Potočari beigesetzt, darunter auch ein Neugeborenes ohne Namen.

Im September begleitete die GfbV-Referentin Jasna Causevic die Vertreterinnen der Frauendelegation des Verbandes der ehemaligen Lagerinsassen -- Kanton Sarajevo (SULKS), Enisa Salcinovic und Alisa Muratcaus, zu **Gesprächen mit Vertreterinnen der Europäischen Kommission und des Europaparlaments in Brüssel**. Die Bosnierinnen baten in den Gesprächen darum, den Opfern der serbischen Konzentrations- und Vergewaltigungslager bei der Umsetzung ihrer überlebenswichtigen Selbsthilfeprojekte zu helfen. Empfangen wurden wir von Paola Pampaloni, Generaldirektorin der Einheit C (BiH) bei der Europäischen Kommission, Barbara Lochbihler (MEP), Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses im Europaparlament, Ulrike Lunacek (MEP, Grüne

Österreich) sowie Jonas Jonsson, Leiter der Abteilung für den Westbalkan. Wenige Wochen nach dem Gespräch initiierte Frau Pampaloni ein Treffen mit den Mitarbeitern der Europäischen Kommission in Sarajevo, die den Frauen Hilfe zusicherten. Eine ausführliche Dokumentation über die Projekte mit dem Titel „18 Jahre nach dem Krieg (1992-1995): Hilferuf aus Sarajevo. Die vergessenen Opfer der Vergewaltigungslager nach Vertreibung und Völkermord „ ist bei der GfbV in Deutsch und Englisch erhältlich.

Das Infomaterial der GfbV über die Lage der **bosnischen Roma** begleitete die Filmvorführungen von "AUS DEM LEBEN EINES SCHROTTSAMMLERS", einem bewegenden Film über eine Roma-Familie. Der vielfach preisgekrönte bosnische Regisseur und Oscar-Gewinner Danis Tanovic' (No Man's Land) zeichnet ein unverfälschtes Bild von der Armut am Rand des heutigen Europas. AUS DEM LEBEN EINES SCHROTTSAMMLERS wurde auf der Berlinale 2013 mit zwei Preisen ausgezeichnet: Er gewann den /Grand Prix/ der Jury, und der /Silberne Bär/ für den besten Hauptdarsteller ging an den Laiendarsteller Nazif Mujic. Der Film wurde in 16 Ländern in ganz Europa gezeigt. Am 10. Oktober kam er in Originalfassung mit Untertiteln in die deutschen Kinos.

Hinweis auf den Trailer auf Youtube: <http://www.youtube.com/watch?v=Klth06y5tG8>

Menschenrechtsinitiativen der GfbV-Bosnien und Herzegowina

Zusammen mit der Jüdischen Gemeinde von Sarajevo forderten wir anlässlich des Holocaust-Tages (27. Januar) die Anerkennung der Leiden der Holocaust-Opfer, aber auch der Genozidopfer des Krieges 1992-1995. Es müsse auf Staatsebene ein **Gesetz gegen die Leugnung des Holocausts und des Genozids in Bosnien** geben, verlangten wir. Leider wird in Bosnien und Herzegowina immer wieder sowohl der Genozid an Bosniaken als auch der Holocaust an den Juden geleugnet.

Auf Einladung des Rotary Distriktes 1910 hat die Direktorin der bosnischen GfbV-Sektion (GfbV-BiH), Fadila Memisevic, am 11. Februar an der Rotary-Konferenz zum Thema „Frauen in ihrem Kampf für Frieden“ in Wien teilgenommen. Dort hielt sie einen Vortrag über das **Frauennetzwerk "FOKUS"**, das die GfbV-BiH vor zwölf Jahren gegründet hat und in dem heute 40 Organisationen aller ethnischen und religiösen Gruppen zusammengeschlossen sind. Ihr Ziel ist es, die Barrieren zwischen den Volksgruppen zu beseitigen, um ein gemeinsames demokratisches Bosnien und Herzegowina wiederherzustellen.

Zusammen mit den Srebrenica-Müttern organisierten die GfbV-Kolleginnen Belma Zulcic und Fadila Memisevic eine Mahnwache vor der US-Botschaft in Sarajevo, um **gegen den Bau einer christlichen Kirche in Budak** direkt oberhalb des Gedenkzentrums und Friedhofs von Potocari zu protestieren. Eine Kirche an diesem Ort wäre eine unerträgliche Provokation für die Überlebenden des Genozidverbrechens serbischer Truppen an überwiegend muslimischen Bosniaken in Srebrenica 1995. Genau an der Stelle, an der die Kirche gebaut wird, waren mehrere Massengräber. Die nächsten Häuser serbisch-orthodoxer Familien sind Dutzende Kilometer entfernt, so dass eine Kirche dort nur schwer ihrem wahren Zweck dienen würde. Außerdem wird sie ohne Zustimmung der Gemeindeverwaltung gebaut. Nach unserem Protest sprachen sich der US-Botschafter wie auch der Hohe Repräsentant in Bosnien und Herzegowina offen gegen die Errichtung dieser Kirche aus.

Im Juni 2013 veröffentlichten dänische Medien einen Brief des dänischen Richters des internationalen Kriegsverbrechertribunals ICTY in Den Haag, Frederik Harhoff. Darin zeigt er sich besorgt über den Druck, den der Präsident des ICTY, Theodor Meron, auf Richter macht, bestimmte **Angeklagte vor dem ICTY freizusprechen**. Wir und zahlreiche überlebende Opfer des Bosnienkrieges forderten sofort, diese Anschuldigungen zu untersuchen und Theodor Meron abzusetzen, sollten sie bestätigt werden. Ohne Reaktion. Um unserer Forderung Nachdruck zu verleihen, starteten wir mit den Vereinen der Srebrenica-Mütter in Srebrenica und Tuzla eine Unterschriftensammlung unter den

überlebenden Opfern aus Srebrenica und dem Drina-Tal. 6.000 von ihnen unterstützten unserer Forderung an UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon, eine sofortige Untersuchung in die Wege zu leiten. Wir überreichten die Unterschriften dem UN-Koordinator in Bosnien und Herzegowina, Jurij Afanasijev, und luden zur Übergabe auch Vertreter der Medien ein.

Am 13. Juli organisierten wir zusammen mit den Vereinen der Mütter aus Srebrenica eine Fahrt zu den **Orten, an denen die Massenhinrichtungen** der Srebrenica-Männer in der Umgebung von Srebrenica, Bratunac und Zvornik stattgefunden haben. Die Mütter fordern einzig und allein, dass sie diese Orte besuchen und dort Blumen im Andenken an ihre Angehörigen niederlegen dürfen. Wie schon in den Jahren zuvor wurde uns auch dieses Mal keine Erlaubnis für einen Besuch erteilt und so standen wir auch vor verschlossenen Türen. Spontan brach unsere Koordinatorin Hatidza Mehmedovic zusammen mit einigen weiteren Müttern die Ketten am Tor zum Gelände in der Gemeinde Kravice auf. Dort wurden im Juli 1995 mindestens 1.500 Srebrenica-Männer getötet. Doch wir wurden von Sondereinheiten der Polizei der Republika Srpska, dem seit dem Krieg serbisch verwalteten Teil Bosniens, empfangen. Sie schlugen sofort rücksichtslos auch auf die alten und kranken Mütter und Angehörigen der Opfer ein. Viele wurden verletzt. Trotzdem setzten wir die Reise fort und besuchten auch die Hinrichtungsorte Branjevo, Pilica, Petkovci, Orahovac, Kasaba und den Staudamm bei Zvornik. An einigen dieser Orte fanden wir noch immer Patronenhülsen und Einschusslöcher, die von den Verbrechen zeugten. Gleich am nächsten Tag erhielten Hatidza Mehmedovic und andere Beteiligte eine Vorladung von der Polizei. Sie wurden stundenlang verhört. Es wurde Strafanzeige wegen unerlaubten Betretens fremden Eigentums gegen sie gestellt und sie sollen sich vor Gericht verantworten.

Die GfbV-BiH ist Teil des Netzwerkes „Gemeinsam gegen Tortur in Bosnien und Herzegowina“, das die **Situation der überlebenden Lagerhäftlinge in ganz Bosnien und Herzegowina verbessern** will. Viele von ihnen sind wegen schwerer Folter und Misshandlung invalide. Sie sind die einzigen Kriegsoffer, die weder institutionell anerkannt sind noch Vergünstigungen oder Renten erhalten. Um dies zu erreichen, muss es ein Gesetz geben, fordert das Netzwerk, das dafür inzwischen mehr als 50.000 Unterschriften gesammelt hat. Diese Forderung tragen erstmals Lagerhäftlinge aller drei Volksgruppen mit. Ein entsprechendes Gesetz ist bisher jedoch am Widerstand von Parlamentariern aus der Republika Srpska gescheitert. Im Rahmen der Kampagne organisierten wir mehrere Pressekonferenzen und öffentliche Informationsveranstaltungen, auf denen wir die Problematik bekannt machten und um weitere Unterstützung baten.

Mit dem Verband der ehemaligen Lagerhäftlinge arbeiten wir eng zusammen, um sie bei ihren Klagen seiner Mitglieder gegen die Republika Srpska und die Föderation von BiH zu unterstützen. Die überlebenden Opfer haben einzelne und kollektive Klagen bei Gericht eingereicht und fordern Entschädigung wegen unrechtmäßiger Gefangenschaft und Tortur in den Lagern in der heutigen Republika Srpska wie auch in vielen Teilen der Föderation von BiH, die unter Kontrolle der kroatischen Streitkräfte waren.

Gemeinsam mit unserer Koordinatorin für Srebrenica, Hatidza Mehmedovic, unterstützten die GfbV-BiH die Proteste der Schüler und Eltern aus Konjevic Polje bei Bratunac vor dem Büro des Hohen Repräsentanten für Bosnien und Herzegowina (OHR) in Sarajevo. Die Familien sind bosniakische Rückkehrer und fordern **Unterricht auf bosnischer Sprache wie auch Unterricht in den Nationalfächern** an der Grundschule in Konjevic Polje. Sie haben darauf auch einen gesetzlichen Anspruch. Alle Lehrer in der Schule sind Serben, viele von ihnen sogar aus Serbien. Die Eltern fordern auch die Einstellung von nichtserbischen bzw. bosniakischen Lehrern, die Beteiligung der Eltern in Schulräten wie auch die sofortige Renovierung der Schule und fließendes Wasser im Gebäude.

Die Eltern und Schüler boykottierten den Unterricht und zelteten vor dem OHR-Gebäude, um ihre Rechte durchzusetzen. Mehrere Tage lang haben wir uns ihnen zusammen mit Hatidza Mehmedovic

und mehreren aus Srebrenica angereisten Müttern und Witwen angeschlossen. Obwohl wir nicht den Schulboykott unterstützen, stehen wir hinter den Forderungen der Eltern und Schüler. Wir haben an das Büro des Hohen Repräsentanten appelliert, als Aufsichtsorgan der internationalen Gemeinschaft durchzusetzen, dass das Gesetz beachtet wird. Der Großteil der Bosniaken von Konjevic Polje wurde Opfer des Genozids in Srebrenica 1995. Das Dorf und die dortige Schule sind auch dafür bekannt, dass dort die bosniakischen Männer aus Srebrenica vor ihrer Exekution gefangen gehalten wurden.

Anfang November 2013 besuchten wir das **Massengrab Tomasica** in einer stillgelegten Mine nahe der Stadt Prijedor sofort nach seiner Öffnung. Experten vermuten, dass dort mindestens 1.000 ermordete bosniakische und kroatische Zivilisten gelegen haben müssen. Wie DNS-Analysen bestätigen, wurden 373 Opfer wieder ausgegraben und in einem neuen Massengrab nahe von Jakarina Kosa verscharrt, um die Verbrechen zu vertuschen. Gefunden wurden dort auch Dokumente, Kleingeld und persönliche Gegenstände. Die Opfer wussten nicht, dass sie in den Tod gehen würden; sie trugen nur das bei sich, was ihnen notwendig erschien. Einige wurden sofort vor ihrer Haustür getötet, andere in Konzentrationslager abgeführt, wo sie gefoltert, erniedrigt, totgeschlagen oder erschossen wurden.

Bisher konnten in Tomasica 430 Opfer geborgen werden. Unter jeder neuen Erdschicht finden sich wieder Leichen. Ein geschützter Zeuge meint, dass es in Tomasica noch mehr Opfer geben müsse. Das Massengrab sei mindestens zwölf Meter tief. Dies ist damit das größte bis jetzt entdeckte Massengrab in Bosnien und Herzegowina.

Flüchtlinge

Die GfbV appellierte mehrmals an die Innenminister und – senatoren von Bund – und Ländern, die **Abschiebung von langjährig geduldeten Flüchtlingen zu verhindern** und ihnen endlich Bleiberecht zu gewähren.

Zur **Lage der Roma in Serbien, Rumänien, Montenegro, Mazedonien, Kosovo, Bulgarien, Ungarn und Bosnien und Herzegowina** wurden in unserem Flüchtlingsreferat Berichte verfasst. Diese dienten als Grundlage für Gutachten und Stellungnahmen, die an deutsche Gerichte und Anwälte für Asyl- und Flüchtlingsrecht abgegeben wurden. Die GfbV-Südosteuropa-Referentin Jasna Causevic arbeitet in zahlreichen Fällen mit Rechtsanwälten und Flüchtlingsorganisationen zusammen. Sie verfasste 2013 auch Gutachten für deutsche Gerichte, erteilte Rat und leistete Flüchtlingen Hilfestellung in Notsituationen. Deutschen Politikern vermittelte sie Kontakte bei Reisen in den Kosovo, nach Mazedonien, Serbien und Bosnien und klärte auf, wo Diskriminierung und Elend von Angehörigen der Roma-Minderheiten am deutlichsten sichtbar werden. Sie verfasste mit deutschen Politikerinnen und Politikern im November 2013 eine "Kleine Anfrage" zum Thema "Stand der Abschiebungen in den Kosovo", die an den Deutschen Bundestag gerichtet wurde.

Wir unterstützten den Antrag des 21-jährigen Aschkali Jetmir Kryeziu auf **Wiedereinreise in Deutschland**. Er ist hier aufgewachsen und war in das Herkunftsland seiner Eltern abgeschoben worden ist. Wir hatten Erfolg: Die Einreisesperre von fünf Jahren wurde auf zwei Jahre reduziert. Jetzt müssen noch einige Formalitäten erledigt werden und dann kann Jetmir hoffentlich wiederkommen.

Anlässlich des **Welt-Romatages** am 8. April organisierten wir eine Aktion mit 16 Roma-Kindern in Göttingen. Am 29. April protestierten wir in der Universitätsstadt dann gegen die angekündigte Abschiebung der Familien Krasnici/Osmani vor dem Neuen Rathaus. Die Aktion war erfolgreich, die

Großfamilie durfte vorläufig bleiben. Ende Mai/Anfang Juni 2013 stellten wir Anträge an die Härtefallkommission beim Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport.

Gemeinsam mit Roma-Kindern aus Göttingen im Alter von drei bis 15 Jahren überreichten wir der Innenministerkonferenz am 24. Mai 2013 in Hannover einen eindringlichen Appell für ein dauerhaftes Bleiberecht langjährig geduldeter Flüchtlinge. Unterzeichnet war der GfbV-Appell vom Vorsitzenden des Landesverbandes der jüdischen Gemeinden von Niedersachsen, Michael Fürst, dem Vorsitzenden des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, dem ehemaligen Hohen Repräsentanten der UN in Bosnien-Herzegowina, Prof. Christian Schwarz-Schilling und dem GfbV-Generalsekretär Tilman Zülch.

Unsere GUS-Referentin und Leiterin unseres Berliner Büros, Sarah Reinke, wurde in vielen Einzelfällen für **Flüchtlinge besonders aus Tschetschenien** aktiv. Sie schrieb Stellungnahmen für Anwälte und Gerichte, beriet einzelne Flüchtlinge und hielt beim Flüchtlingsrat Berlin-Brandenburg zur Lage der Asylsuchenden aus Tschetschenien in Polen einen Vortrag.

Russland und Nordkaukasus

Die russischen Strafkolonien und Haftanstalten sind notorisch überbelegt, berüchtigt für die Anwendung von Folter, für Korruption und Willkür. Die Rechte der Gefangenen werden grob missachtet, sie werden oft gequält und wie Sklaven zur Arbeit angetrieben. Getreu unserem Mandat als Menschenrechtsorganisation für ethnische und religiöse Minderheiten sowie Ureinwohner setzen wir uns besonders für **inhaftierte Angehörige von Minderheiten** ein. Bis zu 30.000 Häftlinge sollen zum Beispiel die tschetschenische Volkszugehörigkeit haben. Wir haben uns 2013 für mehrere einzelne Inhaftierte engagiert, um die Lage der gesamten Gruppe deutlich zu machen. Auf Veranstaltungen und in Briefen an die russischen Strafverfolgungsbehörden, den Generalstaatsanwalt und Justizminister, aber auch an deutsche Politiker, die nach Russland reisten, haben wir um die Einhaltung der Rechte der Gefangenen gebeten und auf besonders eklatante Einzelfälle hingewiesen.

Die NGOs in Russland waren 2013 unter starkem Druck. Seit 2012 gilt das Gesetz, dass sich eine Organisation, die sich politisch betätigt und Gelder aus dem Ausland bezieht, als „**ausländischer Agent**“ bezeichnen muss. Viele namhafte Menschenrechtsorganisationen sind seither in Prozesse verwickelt und werden von der russischen Regierung systematisch verunglimpft. Darüber haben wir immer wieder informiert und in Gesprächen auch mit Vertretern des Auswärtigen Amtes um Unterstützung zum Beispiel in Form von schnellen Visa-Erteilungen etc. gebeten.

Rund 14.000 Flüchtlinge aus Tschetschenien kamen 2013 nach Deutschland. Diese Zahl ist die höchste seit Kriegsbeginn 1999. Sie zeigt auch, dass die Menschenrechtssituation in Tschetschenien weiter schlecht ist. In einem **Memorandum haben wir die Lage im Nordkaukasus** besonders auch in Bezug auf die Olympischen Winterspiele in Sotschi dargestellt und über die zunehmend bürgerkriegsartigen Verhältnisse in Dagestan in Presseerklärungen informiert. Ganz konkret unterstützten wir Imran Ezhiev, einen Menschenrechtsaktivisten, der als anerkannter Flüchtling in Deutschland lebt. Er war mehrere Monate in der Russischen Föderation und auch in Tschetschenien, hat dort Menschenrechtsverletzungen dokumentiert, Gefängnisse besucht und geholfen, Verschwundene aufzufinden. Ihm haben wir Kontakte zu deutschen Korrespondenten, zur deutschen Botschaft vermittelt und seine Informationen dokumentiert.

Auch **Malika Zubairaeva**, die Schwester von Zubair Zubairaev, den wir im vergangenen Jahr aus Tschetschenien nach Deutschland geholt hatten, haben wir unterstützt. Er war fünf Jahre in russischer Haft schwer gefoltert worden. Nun wurde seine Familie, insb. die Schwester Malika

verfolgt. Wir haben ihr Gespräche mit Memorial und anderen Menschenrechtsorganisationen in Tschetschenien vermittelt, ihr die Ausreise aus Tschetschenien und den zeitweiligen Aufenthalt in einem sicheren osteuropäischen Staat ermöglicht.

Eine enge Zusammenarbeit mit tscherkessischen Einzelpersonen und Organisationen ging der Olympiade in **Sotschi** voraus. Unsere GUS-Referentin Sarah Reinke gestaltete die interkulturelle Woche der Stadt Wittenberg mit dem **Schwerpunkt Tscherkessen** mit. Sie war Ansprechpartnerin für Journalisten, die in den Nordkaukasus fahren wollten, um vorab über Sotschi zu berichten. In mehreren Briefaussendungen an das IOC und Unterorganisationen wie den Deutschen Sportbund, die Deutsche Sportjugend etc. informierten wir über die Menschenrechtslage im Nordkaukasus vor der Olympiade und gestalteten mit der Regionalgruppe München eine Sendung für die Radiostation Radio Lora zum Thema mit.

In Treffen mit unseren langjährigen Partnerinnen aus Tschetschenien, Zainap Gaschajewa, die heute als Flüchtling in der Schweiz lebt, und Lipkan Basajewa, Frauenhaus Grosny, konnten wir Informationen austauschen und die weitere Zusammenarbeit wie das fortgesetzte Engagement für das Frauenhaus in Grosny festklopfen. Wir trafen uns auch mit der jungen Tschetschenin, Zara Murtazaliewa, einer ehemaligen unschuldigen Gefangenen, für die sich die GfbV über Jahre eingesetzt hatte, und nahmen ihre Berichte zum Anlass, breit über die **schlimme Situation tschetschenischer Gefangener in russischen Haftanstalten** zu informieren. Zudem vertieften wir unsere Zusammenarbeit mit in Berlin lebenden Russen, die die russische und auch ukrainische Opposition unterstützen. Ihnen vermittelten wir Kontakte zu Bundestagsabgeordneten, Journalisten und Stiftungen und trugen zur Organisation mehrerer Veranstaltungen bei.

NAHOST

Syrien

Der Bürgerkrieg in Syrien ist zu einem gefährlichen internationalen Konflikt eskaliert. Er hat die ohnehin prekäre Lage im Nahen Osten weiter verschlechtert. Auch im dritten Jahr ist der Konflikt keineswegs abgeflaut: Er hat sich von der „Revolution“ zu einem blutigen Stellvertreterkrieg entwickelt – auf Kosten der syrischen Zivilbevölkerung und ganz besonders der ethnischen und religiösen Minderheiten im Land. Kurden und Christen sind zur Zielscheibe der radikalisierten Opposition geworden.

Auch im Jahr 2013 hat die GfbV deshalb ihren Einsatz für bedrohte Menschen in Syrien verstärkt fortgesetzt. Dazu hat unser Nahostreferent Dr. Kamal Sido **deutschlandweit Vorträge gehalten und Veranstaltungen moderiert**, von Wuppertal über Bremen bis Berlin. Der thematische Schwerpunkt lag dabei vor allem auf den Auswirkungen der Auseinandersetzungen auf die ethnischen und religiösen Minderheiten, ihrer Stellung zwischen den Fronten von Regime und radikaler Opposition, der humanitären Situation in den kurdischen Gebieten und den Perspektiven der syrischen Flüchtlinge, vor allem Christen und Kurden. Zu den wichtigsten Veranstaltungen dieser Art gehörte im Jahr 2013 eine Podiumsdiskussion mit Tom Königs, Vorsitzender des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe. Der Diskussion wohnten eine Reihe hochrangiger Politiker aus dem hessischen Landtag bei. Dr. Kamal Sido stellte die Lage der Minderheiten im Syrienkrieg vor, wie auch bei der Bundespressekonferenz in Berlin, der Syrien-Konferenz in Mülheim oder bei seinem Vortrag vor Studenten aus verschiedenen Universitäten Europas des Fachbereichs Politikwissenschaft an der Universität Göttingen.

Auch das Newroz-Fest (das kurdische Neujahrsfest im März) in Gießen bot Anlass zu einer ausführlichen Darstellung der Situation der syrischen Minderheiten. Diesem Vortrag wohnten Repräsentanten aller im Stadtparlament vertretenen Parteien sowie die Oberbürgermeisterin Dietlind Grabe-Bolz bei. Diese Veranstaltung wurde organisiert von der Kurdischen Gemeinde Deutschland (KDG).

Darüber hinaus gaben unsere Mitarbeiter Interviews in türkischen, arabischen und kurdischen Fernsehsendern. Wir informierten über die prekäre Lage der Zivilbevölkerung in Syrien – auch in der Türkei, einem Land, das bei der Beilegung des Konflikts eine entscheidende Rolle spielen könnte. Auch bei größeren Veranstaltungen war die GfbV vor Ort, so beispielsweise bei dem **Benefizkonzert** für die syrisch kurdischen Flüchtlinge in Gießen im Oktober 2013, bei dessen Organisation wir die kurdischen Gemeinde Deutschland und den alawitischen Kulturverein Gießen tatkräftig unterstützten.

Ver mehrt richtete die GfbV Appelle, Briefe und Anfragen an die deutsche Bundesregierung, an die EU-Regierungen, an das EU-Parlament, die Regierungen der USA, Russlands, Kanadas, Australiens und der arabische Liga mit der Bitte Verhandlungen zu einer politischen Lösung in Syrien anzustoßen und voranzutreiben. Wir wiesen auf die Zusammenhänge zwischen **Waffenexporten** und der Eskalation in Syrien, die sich verschlechternde humanitäre Situation in den vermeintlich sicheren Kurdengebieten im Nordwesten Syriens sowie die Rolle Deutschlands bei einer möglichen Beilegung des Konflikts hin und forderten mehr humanitäre Hilfe in den betroffenen Gebieten.

Die Situation der **Flüchtlinge in und aus Syrien** lag uns auch im Jahr 2013 besonders am Herzen. Unserer Forderung, mehr Schutzsuchende in Deutschland aufzunehmen, gaben wir auch mit Menschenrechtsaktionen mehr Nachdruck. So organisierte die GfbV eine Mahnwache am Grenzdurchgangslager Friedland, als Bundespräsident Joachim Gauck die Einrichtung besuchte. Wir appellierten an ihn, sich für die Aufnahme von 50.000 Flüchtlingen aus Syrien einzusetzen. Dieselbe

Forderung richtete unsere Regionalgruppe in Münster unter Leitung von Dr. Kajo Schukalla erneut an den Bundespräsidenten. Über das ganze Jahr hinweg unterstützten wir eine groß angelegte Spendenaktion unter dem Motto „**Hilfe für Nordsyrien**“ und sammelten dafür nicht nur bei den vielen Veranstaltungen Spenden, sondern riefen auch in Zeitungsbeiträgen zum Spenden auf. Die Aktion war eng koordiniert mit Dr. Rassoul Faki, dem Koordinator für Humanitäre Hilfe in Kurdistan. Er persönlich brachte trotz des nicht unerheblichen Risikos für sein Leben schließlich medizinisches Gerät, Medikamente, Babynahrung mit einem kleinen Lastwagen in die Kurdengebiete Syriens. Darüber hinaus engagierte sich die GfbV im Laufe des Jahres immer wieder im Grenzdurchgangslager Friedland, wo sie syrische und andere Flüchtlinge betreut. Die GfbV beriet und informierte die Betroffenen über Transfer in verschiedene Gemeinden. Dies geschah in enger Zusammenarbeit mit der Diakonie und der Caritas vor Ort.

Für sein Engagement und seinen Einsatz für Menschen – und Minderheitenrechte wurde unser Nahostreferent im Oktober 2013 in Bottrop von der Kurdischen Demokratischen Partei Syriens (PDPKS) mit dem „Cegerwxwin-Preis“ ausgezeichnet.

Irak

Auf Grund andauernder religiöser und ethnischer Unterdrückung im Irak ist die Lage für die Minderheiten vor Ort auch unter der Regierung des schiitischen Ministerpräsidenten Nuri al-Maliki nicht viel besser geworden. Zu diesen Minderheiten gehören neben Yeziden, Assyrern/Aramäern/Chaldäern, Turkmenen, Armeniern und Shabak auch Mandäer. Für die Religionsgemeinschaft der **Mandäer** initiierte die GfbV ein Treffen mit zuständigen Stellen im Bundesministerium des Inneren. Wir schilderten die bedrohliche Lage dieser Menschen in ihrer Heimat, dem Südirak. Zwar sind sie durch die Identifikation mit den im Koran erwähnten Sabiern theoretisch „geschützt“, doch sieht die Realität anders aus: Islamistische Extremisten bedrohen immer wieder Besitz und Leben der Mandäer.

Auch die Situation der Yeziden im Irak spielt in der Arbeit der GfbV eine große Rolle. So organisierten wir beispielsweise gemeinsam mit der Ezidischen Akademie e.V. eine **Gedenkveranstaltung** für die Opfer der Anschläge auf die Yeziden in der Bergregion **Sinjar** im August 2007.

Mittelpunkt unserer Bemühungen stellt weiterhin die Verbesserung der Situation der Kurden und der verfolgten Christen dar. So luden wir gemeinsam mit einigen Initiativen in Hamburg zu einer Veranstaltung anlässlich des **25. Jahrestages des Giftgasbombardements von Halabja** im Rahmen der 10. Arabischen Kulturwoche in der Hansestadt ein. Die deutsche Beteiligung am Aufbau des Chemiewaffenprogramms im Irak war damals ausschlaggebend dafür, dass dort Giftgas produziert und eingesetzt werden konnte. Drei überlebender Frauen aus Halabja kamen zu der Veranstaltung in Hamburg. Diese wurde nicht nur Anlass zu gemeinsamer Erinnerung und Trauer, sondern auch für gemeinsame Aktivitäten und Begegnungen mit anderen gesellschaftlichen Gruppen aus Kurdistan und dem Irak.

Höhepunkt unserer Arbeit für die ethnischen und religiösen Minderheiten im Irak war die Teilnahme Dr. Kamal Sidos an einer **internationalen Konferenz im kanadischen Toronto**, zu der von dem „Chaldean Syriac Assyrian Popular Council“ (CSAPC), einer politischen Partei im Irak, eingeladen worden war. Die Konferenz stand unter dem Motto „Protect the rights of Iraqi Christians“. Mehr als 500 Vertreter von Assyrern/ Chaldäern/Aramäern aus der ganzen Welt kamen zusammen. Die GfbV und die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) tragen als Unterstützer dieser Konferenz auf. Unser Nahostreferent moderierte einen Teil der Konferenz und hielt einen Vortrag zur Situation der bedrängten Christen in der irakischen Ninive-Ebene. Dabei konnte die GfbV wichtige Kontakte knüpfen, wie bspw. mit Gwendolen Cates aus New York City, einer der wichtigsten Persönlichkeiten, die sich in Nordamerika mit der Lage indigener Völker beschäftigt. Im Rahmen der Konferenz gab Dr. Kamal Sido außerdem mehrere Fernsehinterviews.

Türkei

In der Türkei setzte sich der autoritäre Regierungsstil von Recep Tayyip Erdoğan fort, der Minderheiten benachteiligt oder sogar stark unterdrückt. Die Kurden stellen dort mit 15-20 Millionen Menschen etwa 18 Prozent der Bevölkerung – noch immer werden ihnen längst nicht alle Bürgerrechte zugestanden. Deshalb appellierten wir im Februar kurz vor dem Staatsbesuch von Angela Merkel in der Türkei im Februar gezielt an die Bundeskanzlerin, dort ein deutliches **Zeichen für die Rechte der kurdischen Volksgruppe sowie der christlichen Religionsgemeinschaft** zu setzen. Wir forderten sie auf, nach Diyarbakir, in die heimliche Hauptstadt der Kurden im Südosten des Landes, zu fahren, und so ihre Solidarität und Unterstützung für den friedlichen Eingliederungsprozess der Kurden in die Gesellschaft zu bekunden. Außerdem solle sie sich für eine sofortige **Freilassung aller politischen Gefangenen** einzusetzen. Etwa 7000 Kurden sitzen aus politischen Gründen in türkischer Haft. Ohne jegliche Beweise wird ihnen vorgeworfen, der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK anzugehören. Leider wurden unsere Forderungen nicht erfüllt, was wir im Anschluss durch Pressemitteilungen offen kritisierten.

Wir warben für eine breite Unterstützung der „Kampagne für eine politische Lösung“, die die Partei für Frieden und Demokratie (BDP) im Juni 2013 in der Türkei initiiert hatte und die Regierung zu einer entschlossenen Umsetzung der im „Friedensvertrag mit der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK“ festgelegten Bedingungen bewegen sollte. Darin vorgesehen war unter anderem die Freilassung aller politischen Gefangenen, das Ende der militärischen Mobilisierung in den Kurdengebieten. Zudem sollten die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Gebrauch des Kurdischen als Unterrichtssprache geschaffen werden. Auch die Einstellung des Verfahrens gegen unser Ehrenmitglied, den Autonomie-Experten Thomas Benedikter verlangten wir. Der Südtiroler Thomas Benedikter war von der Türkei wegen seines Buches „Europas Autonomiesysteme“ angeklagt worden. Zur Begründung hieß es, er habe das Anti-Terror-Gesetz gebrochen. Auf Grund dieser und anderer Vorfälle forderten wir in Pressemitteilungen verstärkt Diskussions- und Meinungsfreiheit in der Türkei ein, auch im Zusammenhang mit der Debatte über eine friedliche Lösung der Kurdenfrage.

Dafür trat unser Nahostreferent in seinen **Vorträgen und Präsentationen** ein, so auch in Köln vor der „Grünen Jugend“. Zu den Gästen zählten unter anderen die kurdische Politikerin Berivan Aymaz (Grüne), die in Köln für das Bürgermeisteramt kandidiert, die Bundestagsabgeordnete Viola von Cramon (Grüne) sowie der Vorsitzende des Kurdischen NAWEND-Zentrums, Metin Incesu. Im Anschluss an den Vortrag Sidos über die Situation der Kurden in der Türkei gab es eine angeregte Podiumsdiskussion. Auch unser Vorstandsmitglied Irina Wießner war für die Rechte der Minderheiten im Nahen Osten unterwegs. Sie hielt beispielsweise in Bielefeld einen Vortrag über die Lage der Yeziden in der Türkei, im Irak und in Syrien.

Die GfbV hat auch 2013 viel Wert darauf gelegt, Kontakte zu den Verbänden der verschiedenen Minderheiten in Deutschland zu pflegen und mit ihnen zusammenzuarbeiten. Wichtig dafür war u.a. die Teilnahme an dem Bundeskongress der kurdischen Gemeinde in Deutschland im April 2013.

Auch bei Großveranstaltungen war die GfbV vertreten. Wir unterstützten die **Großdemonstration der Alawitischen Gemeinde** in Deutschland in Berlin im Juni 2013 und gedachten der 37 Alawiten, die 1993 bei dem Brandanschlag im türkischen Sivas ums Leben gekommen waren.

Iran

Der Iran ist ein eklatantes Beispiel für massive und systematische Menschenrechtsverstöße eines Staates gegenüber seinen Bürgern. Das brutale Vorgehen des Khamenei'schen Regimes gegen die eigene Bevölkerung, das auch vor Folter und Hinrichtungen nicht zurückschreckte, hat eine Atmosphäre von Angst und Niedergeschlagenheit erzeugt, die trotz des Regierungswechsels vor allem für die Minderheiten des Landes noch lange nicht zur Vergangenheit gehört. Aus diesem Grund nahm die GfbV am „**Dialog für Freiheit**“ im Juni 2013 in Hannover teil, der vom Verein „MehrIran“

worden war. Dort wiesen wir auf die noch immer prekäre Menschenrechtslage im Iran hin. Zu den Teilnehmern gehörten neben der GfbV Vertreter anderer Organisationen wie der Amnesty Hochschulgruppe Hannover, von „International Organisation to Preserve Human Rights in Iran“ und „Karamat e.V.“. Mit der Ausstellung "Vielfältige Kultur - zerstörerisches Regime", die schon im Europäischen Parlament zu sehen war, wiesen die Veranstalter darauf hin, dass der kulturelle Reichtum dieses Landes vor radikalen Kräften geschützt werden muss.

Des Weiteren appellierte die GfbV an die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), ihren Gast, den iranischen Außenminister Ali Akbar Salehi zu drängen, sich **für die Freilassung von zwei Bahá'í-Frauen** einzusetzen, die mit ihren kleinen Kindern inhaftiert sind. Der iranische Politiker sollte bei im Februar 2013 bei der DGAP in Berlin über Irans Rolle für einen „regionalen Frieden“ sprechen. Wir drängten darauf, diese Gelegenheit wahrzunehmen und das Schicksal der Bahá'í-Minderheit zu thematisieren: Mütter mit ihren Babys werden von iranischen Behörden nicht verschont und bis zu mehreren Jahren unter unmenschlichen Bedingungen in Haft festgehalten, nur weil sie Bahá'í sind.

AFRIKA

Ägypten

Die Umwälzungen in Ägypten begleiteten unsere Arbeit zu den Minderheiten des Landes auch im Jahr 2013. Ob Interviews, Pressemitteilungen, schriftliche Stellungnahmen, die wir beim Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen eingaben, oder Menschenrechtsaktionen: Konsequenterforderten wir einen besseren Schutz der **religiösen Minderheiten** im Land und eine Bestrafung von Übergriffen auf Kopten, Katholiken oder Bahá'í.

Gleich zu Beginn des Jahres kritisierten wir das Schulverbot für **Bahá'í**: Ihre Kinder durften auch weiterhin keine öffentlichen Schulen besuchen, da ihre Religion bis heute nicht offiziell anerkannt ist.

Unter dem Motto "Ägypten: **Koptenverfolgung** beenden -- Täter bestrafen!" demonstrierten wir mit in Deutschland lebenden Kopten anlässlich des Deutschlandbesuchs des damaligen ägyptischen Präsidenten Mohammed Mursi am 30. Januar 2013 in Berlin. Unter Mursis islamistischer Regierung verbesserte sich die Lage der Kopten nicht: Nach Übergriffen werden Täter nicht bestraft und die Anwälte der Opfer werden in ihrer Arbeit aktiv behindert. Auch ein Erlass aus dem Jahr 1934, der den Aufbau und die Modernisierung von Kirchen erschwerte, wurde noch immer nicht zurückgenommen. Nach gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Kopten und Muslimen im April, bei denen mehrere Menschen starben, forderten wir ebenso wie der „Nationale Rat für Menschenrechte“ vom Innenministerium in Kairo, die Präsenz durch Sicherheitskräfte in von Kopten und Muslimen bewohnten Dörfern und Stadtvierteln zu verstärken. Auch nachdem mindestens 38 Kirchen, Klöster, kirchliche Schulen und Wohnhäuser der Kopten, Katholiken, Baptisten und Griechisch-Orthodoxen im August zerstört worden waren, mahnten wir einen besseren Schutz der religiösen Minderheiten an.

Vorsichtig optimistisch im Hinblick auf die Lage der Kopten gingen wir in das Jahr 2014: Der am 2. Dezember verabschiedete **Entwurf einer neuen Verfassung** enthält wichtige Bestimmungen zum Schutz der christlichen Minderheit in Ägypten und zur Gewährleistung ihres Rechts auf Religionsfreiheit. So wurde in der Vorbemerkung der Verfassung betont, der Staat werde von einer bürgerlichen Regierung geführt. Außerdem wird die islamische Scharia nicht definiert, wie dies die islamistische Al-Nour-Partei gefordert hatte, und das Recht auf Religionsfreiheit hervorgehoben. Darüber hinaus wurde das Parlament aufgefordert, ein Gesetz zur Regulierung des Neubaus und der Renovierung von Kirchen zu erarbeiten.

Die Lage afrikanischer Flüchtlinge, die auf dem Sinai von Menschenhändlern entführt werden, thematisierten wir in einer schriftlichen Stellungnahme für den UN-Menschenrechtsrat. Wir kritisierten in einer Übersicht die deutsche Rüstungsexportpolitik gegenüber Ägypten, die sich in den vergangenen Jahren trotz der ständigen Menschenrechtsverletzungen der dortigen Sicherheitskräfte stetig steigerte.

Äthiopien

Anlässlich seines Besuches in Äthiopien baten wir Bundespräsident Joachim Gauck, sich in seinen Treffen mit äthiopischen Politikern dafür einzusetzen, dass unabhängige Nichtregierungsorganisationen und Journalisten nicht mehr drangsaliert werden: Seit den Wahlen im Jahr 2005 hat die Regierung mit **repressiven Gesetzen** deren Arbeit eingeschränkt. Dutzende Menschenrechtsgruppen hatten ihre Arbeit bereits einstellen müssen. Auch für Freilassung politischer Gefangener wie Bauern, die der ethnischen Gruppe der **Oromo** angehören, sollte sich Gauck einsetzen, baten wir in unserem Schreiben.

Auf die **Zwangsumsiedlung von Anuak-Ureinwohnern** nach der Verpachtung ihres Landes an ausländische Großunternehmen machten wir in mehreren Pressemitteilungen und Interviews

aufmerksam: Seit 2008 wurden 30.000 Anuak zwangsumgesiedelt. Sie haben bereits 42 Prozent ihres Landes verloren. Über die **Umsiedlung von 5.000 Ureinwohnern der Gumuz und Berta**, die auf dem Gebiet des geplanten „Renaissance“-Riesen-Staudamms am Oberlauf des Nils leben, berichteten wir und forderten die äthiopische Regierung auf, bei Großprojekten endlich die lokale Bevölkerung, aber auch die Nachbarländer wie den Sudan in ihre Planung einzubeziehen und so regionalen Konflikten vorzubeugen. Nachdem die äthiopischen Behörden im August Massenverhaftungen von Muslimen vorgenommen hatten, die zum Ende des Ramadan friedlich gegen die willkürliche Einsetzung muslimischer Religionsführer durch staatliche Stellen protestiert hatten, forderten wir ihre sofortige Freilassung und konstatierten, dass das **Geheimverfahren gegen 28 inhaftierte muslimische Führer** dazu dienen sollte, die religiöse Minderheit einzuschüchtern. Zu den Beschuldigten zählen auch Mitglieder einer im Jahr 2012 gebildeten Selbstverwaltung, die mit der Regierung Streitfragen zum Status der Muslime klären sollte. Die meisten Muslime gehören der seit langem diskriminierten Ethnie der Oromo an.

Libyen

Auch im zweiten Jahr nach dem Sturz von Diktator Gaddhafi kam Libyen nicht zur Ruhe: Libyen hatte am 16. Dezember 2012 das **Kriegsrecht** über den Süden des Landes verhängt und aus Sorge über die angespannte Sicherheitslage die Schließung der 4000 Kilometer langen Staatsgrenze angeordnet. Ein Großteil der Bevölkerung in Süd-Libyen sind Tuareg. Die **mindestens 20.000 Tuareg** leben zum Teil in unmittelbarer Nähe von Ölförder-Anlagen im Murzuk-Becken. Wir unterstützten in Pressemitteilungen und Interviews ihre Forderungen nach mehr Arbeitsmöglichkeiten in der Ölindustrie für Angehörige der Minderheit sowie den Ausbau von Krankenstationen, Krankenhäusern und Landwirtschaftsprojekten.

Besonderen Schutz forderten wir für die 35.000 rückkehrwilligen **Kriegsflüchtlinge aus der Stadt Tawergha**, die während des Bürgerkriegs im August 2011 vor rassistisch motivierter Gewalt der Milizen fliehen mussten. Die Flüchtlinge sind schwarzafrikanischer Abstammung. Unmittelbar nach dem Sturz von Muammar Gaddafi hatten Milizen den Bewohnern von Tawergha pauschal vorgeworfen, den Diktator unterstützt zu haben und regelrecht Jagd auf sie gemacht. Wie viele Schwarzafrikaner bei der Vertreibung getötet wurden, ist nicht bekannt. Rund 1.300 Einwohner der Stadt wurden verschleppt.

Besonders betroffen von der zunehmenden Instabilität Libyens und dem Erstarken islamistischer Gruppen waren unter anderem **ägyptische Kopten**, die vor allem als Migranten in Libyen arbeiten. Wir machten in Pressemitteilungen darauf aufmerksam, dass sich ihre Zahl von 60.000 des Bürgerkrieges und des damit verbundenen Zusammenbruchs der Wirtschaft bereits deutlich reduziert hatte.

Über **Proteste der Berber** berichteten wir im November: Sie sperrten die Erdgas-Pipeline nach Italien, um mit ihrer Protestaktion nochmals den Druck auf Regierung und Politiker zu erhöhen und sie dazu zu bringen, eine stärkere Berücksichtigung der nicht-arabischen Minderheiten im öffentlichen Leben zuzulassen. Berber, Tuareg und Toubou verlangen die offizielle Anerkennung ihrer Sprachen neben dem Arabischen.

Mali

23 Pressemitteilungen, viele Interviews für Radiosender und Fernsehstationen wie Deutsche Welle TV und dem ARD-Frühstücksfernsehen: Die Mali-Arbeit bildete einen der Hauptschwerpunkte des Afrika-Referates im Jahr 2013. Wir forderten eine nachhaltige Verhandlungslösung im Konflikt zwischen den Tuareg und der Zentralregierung in Bamako: Ohne mehr **Autonomie für die Tuareg** im Norden des Landes, die seit dem Ende der Kolonialzeit im Jahr 1960 gemeinsam mit anderen

ethnischen Gruppen ein Ende der Vernachlässigung ihrer Region und mehr Selbstbestimmung kämpften, werde es schwierig, die Stabilität des Landes langfristig zu sichern, mahnten wir.

Wir appellierten nach der französischen Militärintervention an die Hochkommissarin für Menschenrechte, Navanethem Pillay, Menschenrechtsbeobachter nach Nord-Mali zu entsenden. Für die EU-Ausbildungsmission der malischen Armee forderten wir ein Menschenrechtstraining, um Racheakte malischer Soldaten bei der Rückeroberung des Nordens zu verhindern. Bundesaußenminister Westerwelle baten wir nach der Verhaftung eines malischen Journalisten, sich für dessen Freilassung einzusetzen. Als im September der neue Präsident Malis in sein Amt eingeführt wurde, forderten wir eine konsequente Aufarbeitung aller im Bürgerkrieg begangener Menschenrechtsverletzungen. Wir machten auf das Schicksal von **510.000 Flüchtlingen** aufmerksam, die neun Monate nach Beginn der französischen Intervention immer noch auf ihre Rückkehr in ihrem Heimatorte im Norden warteten.

Eine der Veranstaltungen zum Thema Mali brachte uns an die Universität in Groningen. Über Youtube-Videos waren die Organisatoren in den Niederlanden auf uns aufmerksam geworden. Das zeigt, wie bedeutsam diese visuellen neuen Medien für uns inzwischen geworden sind.

Mauretanien

Einen großen Erfolg für die mutigen **Sklaverei-Kritiker in Mauretanien** bedeutete die Entscheidung der Vereinten Nationen, dem mauretanischen Menschenrechtler Biram Dah Abeid den UN-Menschenrechtspreis 2013 zu verleihen. Wir hatten Biram für den Preis vorgeschlagen. Er und fünf weitere Persönlichkeiten wurden am Tag der Menschenrechte (10.12.) vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen mit dem UN-Menschenrechtspreis ausgezeichnet, der nur alle fünf Jahre vergeben wird.

Auch im Jahr 2013 warf der GfbV-Afrikareferent Ulrich Delius in Interviews und Pressemitteilungen den mauretanischen Behörden mangelnden politischen Willen bei der Bekämpfung der Sklaverei vor. Justizbehörden und Polizei behinderten die Befreiung von Sklaven systematisch und vereitelten jede Strafverfolgung der Verantwortlichen. In einem neuen Menschenrechtsreport dokumentierten wir auf 36 Seiten 26 Fälle von Sklavinnen und Sklaven, die seit dem Inkrafttreten eines Anti-Sklaverei-Gesetzes im Jahr 2007 Anzeigen gegen ihre Sklavenhalter erstatteten und eine Bestrafung der Verantwortlichen verlangten. Polizisten hatten die Annahme von Anzeigen verweigert, Staatsanwaltschaften hatten wissentlich falsche Auskünfte gegeben und die Ermittlungen verschleppt und Gerichte hatten Anklagen gegen Sklavenhalter verwässert.

Sechs Monate zuvor, am 3. Mai, war Biram Dah Abeid in Dublin mit dem bedeutendsten Menschenrechtspreis Irlands ausgezeichnet worden. Die weltweit angesehene irische Menschenrechtsorganisation „Frontline“ würdigt damit sein Engagement für ein Ende der Sklaverei. Wir hatten die Kandidatur Biram Dah Abeids unterstützt. Ende Mai waren wir mit Biram Dah Abeid und unserem Mauretanien-Koordinator Abidine Merzough zu einem hochrangigen Gespräch im Auswärtigen Amt mit dem Leiter der Abteilung Nordafrika und der Länderreferentin. 13 Jahren zuvor schlug uns vom damaligen Abteilungsleiter noch Ablehnung und Unverständnis entgegen. Biram wurde im Gespräch im Mai 2013 umfassende Unterstützung zugesichert: So wolle man sich sehr aktiv für die offizielle Anerkennung seiner Organisation IRA als Nichtregierungsorganisation in Mauretanien einsetzen. Ein solcher Status würde der IRA ermöglichen, Geld für Projekte zur Unterstützung ehemaliger Sklaven im Ausland einzuwerben. Bis jetzt verweigert die mauretanische Regierung der IRA den Status als NGO.

Im Juni nahmen wir in der Französischen Nationalversammlung an einer sehr gut besuchten Veranstaltung zu Sklaverei in Mauretanien teil. Gemeinsam mit Vertretern französischer und

internationaler Nichtregierungsorganisationen informierten wir Abgeordnete, hochrangige Vertreter des französischen Außenministeriums über den Stand im Kampf gegen die Sklaverei im Land.

Nigeria

Die Gewalt durch die **radikal-islamische Boko-Haram-Sekte** und die wachsende Verarmung der Bevölkerung im Nigerdelta standen im Vordergrund der Nigeria-Arbeit des Jahres 2013. Wir kritisierten in zahlreichen Pressemitteilungen und Interviews die prekäre Sicherheitslage im Norden des Landes, wo von Boko Haram allein zwischen Mai und Oktober über 1.100 Menschen getötet wurden. Gleichzeitig warnten wir davor, die Probleme Nigerias nur auf Boko Haram zu reduzieren, und wiesen auf den seit langem anhaltenden Landstreit zwischen christlichen, sesshaften Bauern vom Volk der Tiv und muslimischen Fulani-Nomaden hin, der im Mai hunderte Todesopfer forderte. Die beiden Gruppen streiten über die Kontrolle von Weidegründen und Land.

Gleichzeitig berichteten wir über die trotz massiver Gewinne aus der Ölförderung **wachsende Armut im Nigerdelta** und forderten mehr Transparenz im Umgang mit Einnahmen aus dem Ölexport sowie mehr Hilfe für die rund 20 Millionen Bewohner des Nigerdeltas. Dort sind viele Jugendliche arbeitslos. Mehr als 10.000 Fischer haben aufgrund der ungebremsten Ölverseuchung ihre Existenzgrundlage verloren. Zehntausende Menschen leiden aufgrund unter Atemwegserkrankungen, weil giftige Gase abgepackelt werden. Als bekannt wurde, dass Shell und anderen Öl-Konzernen planten, ihre Ölfelder im Delta zu verkaufen und damit die Verantwortung für den Schutz der Umwelt abzugeben, schlugen wir öffentlich Alarm und zeigten auf, dass ein Verkauf von Ölfeldern an lokale Unternehmen einen schweren Rückschlag bedeuten würde.

In einem Nachruf auf Afrikas bedeutendsten Literaten **Chinua Achebe** wiesen wir auf dessen letztes Werk „There was a country. A personal history of Biafra“ hin und erinnerten an den Völkermord in Biafra, dem 1968 zwei Millionen Menschen zum Opfer fielen.

Sudan

Beim alljährlichen Gespräch der Mitglieder des Forums Menschenrechte mit dem deutschen Außenminister und dem Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung über die deutsche Außenpolitik sprachen wir die anhaltend **katastrophale Lage in den Nuba-Bergen des Sudan** an. Im Anschluss an die beiden Gespräche ging es gleich zu einer weiteren Unterredung der zum Sudan arbeitenden Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen (amnesty, Brot für die Welt, Sudan-Arbeit der Kirchen, OXFAM, World Vision) mit dem Afrika-Beauftragten Kochanke. Dabei trugen wir nachdrücklich unsere Forderungen zu Frieden und Menschenrechten in den Nuba-Bergen und in Darfur vor und äußerten nochmals Kritik an einer Sudan-Investitionskonferenz im Auswärtigen Amt. Zu dieser Investitionskonferenz für den Sudan und Südsudan hatten wir uns öffentlich sehr kritisch geäußert (unter anderem in einem Interview mit der Deutschen Welle): Solch eine Konferenz sei angesichts der angespannten Beziehungen zwischen Sudan und Südsudan und der katastrophalen humanitären Lage vor allem im Sudan ein falscher Schritt. Vielmehr müsse die deutsche Politik stärker auf ein Ende der Menschenrechtsverletzungen hinwirken, verlangten wir.

Die Regierung von Sudans Nachbar Tschad forderten wir im Februar auf, den sudanesischen Präsidenten Omar al-Bashir bei seinem Besuch im Tschad zu verhaften. Al-Bashir wird seit 2009 vom Internationalen Strafgerichtshof wegen Völkermord Verbrechen gegen die Menschlichkeit, und Kriegsverbrechen gesucht. Als Mitglied des Internationalen Strafgerichtshofes ist der Tschad verpflichtet, al-Bashir auszuliefern, tat dies jedoch nicht.

Anlässlich des **zehnten Jahrestags des Beginns des Völkermords in Darfur** machten wir auf die anhaltende Gewalt und Straflosigkeit im Westen des Sudan aufmerksam, erinnerten an die

Ermordung von mehr als 400.000 Menschen und die Zerstörung von mehr als 4.500 Dörfern durch Janjaweed-Milizen und die sudanesishe Armee. Scharf kritisierten wir im August die Ankündigung der sudanesischen Regierung, die Arbeit internationaler Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen durch neue Bestimmungen stärker zu reglementieren und einzuschränken. Luftangriffe, Vergewaltigungen, chronische Unterversorgung der Flüchtlinge, Ausweisung ausländischer Helfer, Stopp von Patrouillen von UNAMID-Blauhelmsoldaten und interethnische Kämpfe machten den 1,7 Millionen Kriegsflüchtlingen in Darfur das Leben zur Hölle. Wir forderten die internationale Gemeinschaft auf, sich dringend für ein Ende der Luftangriffe der sudanesischen Armee auf Zivilisten sowie für eine bessere Versorgung der Flüchtlinge einzusetzen und Waffenexporte an das Regime in Karthoum zu unterbinden.

Südsudan

Im Dezember forderten wir angesichts von **Kämpfen zwischen Anhängern von Präsident Salva Kiir und dem ehemaligen Vizepräsidenten Riek Machar** die Entsendung von Menschenrechtsbeobachtern der Vereinten Nationen in den umkämpften Südsudan gefordert. Dort berichteten Augenzeugen täglich von neuen Massengräbern und extralegalen Hinrichtungen. Regierungssoldaten, die überwiegend der Dinka-Volksgruppe angehörten, hatten in der Hauptstadt Juba willkürlich Nuer erschossen, um den Aufruf zum Umsturz des Nuer-Politikers Machar, zu rächen. Doch auch Nuer ermordeten willkürlich Dinka und verübten ein Massaker unter Schutzsuchenden in einem UN-Lager. Wir wiesen in Pressemitteilungen und Interviews darauf hin, dass Jahrzehnte der Instrumentalisierung von Ethnien im Krieg im Südsudan durch alle Konfliktparteien bis heute jede Suche nach einem Ausgleich im Machtkampf und nach einer Friedenslösung erschweren.

Zentralafrikanische Republik

Angesichts des **65. Jubiläums der UN-Konvention zur Verhütung und Bestrafung des Völkermords** wiesen wir darauf hin, dass die deutsche Bundesregierung zwar öffentlich und in den Vereinten Nationen zur Schutzverantwortung und zu einem wirksameren Schutz der Zivilbevölkerung vor schlimmsten Menschenrechtsverletzungen forderte, aber keine Strategie für ihre Umsetzung habe.

Die dramatische Lage in der Zentralafrikanischen Republik zeige, wie sehr es auch heute noch an einem effektiven Schutz der Zivilbevölkerung vor Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Genozid fehlt. In der Zentralafrikanischen Republik wurden allein im Dezember innerhalb weniger Tage in der Hauptstadt Bangui mehr als 300 Zivilisten bei systematischen Hausdurchsuchungen der regierungsnahen Seleka-Milizen und von Anti-Seleka-Gruppen erschossen. In zahlreichen Pressemitteilungen hatten wir seit dem Frühsommer 2013 über **massive und willkürliche Gewalt Bewaffneter** berichtet, die eine Versorgung eines Großteils der über 500.000 Flüchtlinge sowie der insgesamt 2,3 Millionen Notleidenden mit Hilfsgütern verhinderten. Wir forderten wiederholt eine Entsendung von Friedenstruppen, um einen besseren Schutz der Zivilbevölkerung zu herbeizuführen.

Sonstige Aktivitäten

In Interviews und mit einer Veranstaltung in Hannover informierten wir über die Lage der **völkerrechtswidrig besetzten Westsahara**. Wir thematisierten ethnische Auseinandersetzungen zwischen Arabern und **Tuareg im Süden Algeriens** und kritisierten im November vor dem Hintergrund des weiterhin bestehenden **Bürgerkrieges in Somalia** die geplante Rückführung von mehr als einer Million somalischen Flüchtlingen aus dem Nachbarland Kenia. Bei einem Gespräch im Auswärtigen Amt und in Interviews über die **Lage im Kongo** forderten wir ein stärkeres Engagement der internationalen Gemeinschaft gegen Straflosigkeit für Vergewaltigungen.

ASIEN

China / Tibet / Xinjiang / Ostturkestan

Mit 23 Presseerklärungen, mehreren E-Mail-Protestaktionen und sechs Eingaben beim Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen bildete unsere China- und Tibet-Arbeit einen Schwerpunkt unseres Engagements für ethnische und religiöse Minderheiten in Asien. Im Winter und Frühjahr 2013 eskalierte die Zahl von **Selbstverbrennungen unter Tibetern**. Jede Woche mussten wir neue Selbstmorde dokumentieren und erklärten die Hintergründe dieser Verzweiflungstaten. Wir wiesen darauf hin, dass die meisten der Selbstmordopfer junge Menschen waren. Aus Verzweiflung über ihre persönliche Situation und über Chinas brutale Verfolgung der Tibeter suchten sie den Freitod, obwohl Chinas staatliche Propaganda immer behauptet, vor allem junge Menschen profitierten von einer Verbesserung der Lebenssituation unter Chinas Herrschaft in Tibet.

Mehrfach wandten wir uns an europäische Regierungen und an die Mitgliedstaaten im UN-Menschenrechtsrat und forderten eine Sondersitzung des Rates zu den Selbstverbrennungen. Zwar wurde dies verweigert, aber zahlreiche Regierungen beklagten öffentlich im UN-Menschenrechtsrat Chinas hilflose Reaktion auf die zunehmende Zahl von Selbstverbrennungen. Auch in Gesprächen mit der chinesischen Regierung beklagten viele EU-Regierungen die hohe Zahl an Selbstverbrennungen in Tibet. In Interviews mit zahlreichen Medien, aber auch in Gesprächen mit dem Menschenrechtsbeauftragten der deutschen Bundesregierung, Markus Löning, kritisierten wir vor allem die Kriminalisierung von Familienangehörigen und Freunden der Selbstmordopfer, die willkürlich festgenommen und zu hohen Haftstrafen verurteilt wurden, weil sie um ihre Liebsten öffentlich trauerten, sie nicht am Freitod gehindert hatten oder weil sie nicht bereit waren, ihren Tod zu verheimlichen. Nachdrücklich warnten wir in mehreren Presseerklärungen, die Kriminalisierung der Selbstverbrennungen schüre neue Spannungen in Tibet.

Ein Jahr nach dem Amtsantritt des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei zogen wir im November 2013 eine **kritische Bilanz der Tibet-Politik Xi Jinpings**: Trotz vieler Reformversprechen habe sich Chinas Tibet-Politik nicht verändert und das völkerrechtswidrig besetzte Land werde noch immer mit eiserner Faust regiert. So wurden allein im Oktober 2013 drei tibetische politische Gefangene zu insgesamt 19 Jahren Gefängnis verurteilt und mindestens 47 Tibeter aus politischen Gründen festgenommen. Auch wiesen wir darauf hin, dass Tibets Parteichef Chen Quanguo zu einer Verstärkung des Kampfes gegen den Dalai Lama aufgerufen hat.

In **vielen Interviews** mit in- und ausländischen Radio- und Fernsehsendern sowie Zeitungen (BBC, Deutsche Welle, Radio Free Asia, ORF, RAI, Schweizer Fernsehen, Westdeutscher Rundfunk, Hessischer Rundfunk, Südwestfunk, Deutschlandfunk, dpa, epd, Frankfurter Rundschau, Tiroler Tageszeitung etc.) erläuterte unser Asienreferent Ulrich Delius die Hintergründe der Selbstverbrennungen und der zunehmenden Verfolgung von Tibetern. Auch informierten wir in Veranstaltungen in mehreren deutschen Städten über die Folgen der Zwangsansiedlung tibetischer Nomaden sowie von Bergbau und ökologischer Zerstörung im tibetischen Hochland.

Nachdrücklich kritisierten wir das Schweigen des britischen Premierministers David Cameron auf seiner China-Reise zur anhaltenden Verfolgung der Tibeterinnen und Tibeter. Wir forderten ihn und die anderen EU-Regierungen auf, Menschenrechtsverletzungen nicht zu ignorieren, sondern sie bei Gesprächen mit der chinesischen Führung zu erörtern und auf eine Einstellung der Verfolgung von Andersdenkenden und ethnischen sowie religiösen Minderheiten hinzuarbeiten.

In zahlreichen Presseerklärungen beklagten wir eine massive **Zunahme von Menschenrechtsverletzungen an muslimischen Uiguren in Xinjiang/Ostturkestan** im Nordwesten des Landes. So warfen wir den chinesischen Behörden in einer am 20. Juni veröffentlichten Presseerklärung eine Ausweitung der religiösen Unterdrückung der Uiguren vor, nachdem 19 Uiguren aus religiösen Gründen zu Haftstrafen von bis zu sechs Jahren verurteilt worden waren.

In mehr als ein dutzend Presseerklärungen wiesen wir auf die zunehmenden Menschenrechtsverletzungen und auf die Hintergründe der eskalierenden Gewalt hin. Immer wieder mahnten wir eine unabhängige Untersuchung der Vorkommnisse an und wiesen auf Unstimmigkeiten und fälschliche Schuldzuweisungen chinesischer Behörden hin. So stellten die Sicherheitsbehörden den Auto-Anschlag auf Touristen auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking im Oktober 2013 als terroristischen Anschlag dar. Wir machten hingegen deutlich, dass die schreckliche Bluttat, bei der mehrere Touristen starben, einen ganz persönlichen Hintergrund hatte und kein Terrorakt religiöser Extremisten war. Tatsächlich war es ein Verzweiflungs- und Racheakt einer Uigurin, ihres Ehemannes und ihrer Mutter. Sie wollten damit die Zerstörung eines Gebetsraumes einer Moschee durch chinesische Behörden rächen, der mit Spendengeldern der Familie errichtet worden war. Der Anschlag erfolgte dann auch am Jahrestag der Zerstörung des Gebetsraumes.

In Presseerklärungen warfen wir Chinas Behörden mehrfach vor, die Hintergründe der **eskalierenden Gewalt** in Ostturkestan/Xinjiang zu missachten und mit halbherzigen Maßnahmen – wie dem Verbot von Küchenmessern, Bärten und Verschleierung – die Konflikte nur weiter anzuhetzen. Insbesondere wiesen wir darauf hin, dass die systematische Verletzung der Glaubensfreiheit die Gewalt im Nordwesten Chinas massiv schürt. Wir warnten vor einer fortgesetzten Eskalation und einer weiteren Zunahme von Menschenrechtsverletzungen und zogen zum Jahresende eine bedrückende Bilanz. So listeten wir am 31. Dezember 2013 auf, dass im abgelaufenen Jahr 215 Menschen der Gewalt im Nordwesten Chinas zum Opfer gefallen waren.

In vielen Radio-, Fernseh- und Zeitungsinterviews mit in- und ausländischen Medien sowie auf Seminaren verschiedener Evangelischer Akademien und der Bundeszentrale für politische Bildung informierte Ulrich Delius über die Hintergründe der Gewalt und über die Verfolgung der Uiguren. Das Auswärtige Amt, das Bundeskanzleramt und den Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung forderten wir mehrfach mit Erfolg auf, die Lage der Uiguren öffentlich anzusprechen und zu beklagen. Das Thema stand daraufhin im Mittelpunkt von Gesprächen mit der chinesischen Regierung und wurde von der Europäischen Union auch im UN-Menschenrechtsrat in Genf angesprochen. Dort organisierten wir im März 2013 in Kooperation mit der UNPO, der in Den Haag ansässigen Organisation der nicht in den Vereinten Nationen vertretenen Völker, eine dreitägige **internationale Konferenz zum Verschwindenlassen von Uiguren, Tibetern, Mongolen und chinesischen Demokraten**. An der Konferenz nahmen führende Repräsentanten der betroffenen vier Gruppen aus aller Welt teil. Auch im Europaparlament in Brüssel machten wir mit Konferenzen auf die alarmierende Lage im Nordwesten Chinas aufmerksam und gewannen viel Unterstützung von Parlamentariern.

Nachdrücklich setzten wir uns für eine Verständigung zwischen Uiguren und Han-Chinesen ein und forderten auch vor dem UN-Menschenrechtsrat in Genf einen Stopp der Einschüchterung und Verfolgung von uigurischen Menschenrechtlern und Publizisten. Insbesondere wiesen wir auf das Schicksal des uigurischen Wirtschaftsprofessors Ilham Tohti hin, der von chinesischen Sicherheitskräften systematisch bedroht wurde, weil er mit Webseiten in chinesischer Sprache die Anliegen der Uiguren erklärt und in Interviews mehr Respekt ihrer Menschenrechte einforderte. Inzwischen wurde er inhaftiert. Ihm droht ein Prozess wegen Separatismus.

Bei **Staatsbesuchen** chinesischer Politiker in Deutschland organisierten wir in den Medien viel beachtete öffentliche Proteste, um auf das Schicksal von verfolgten Menschenrechtlern wie das des mongolischen Bürgerrechtlers Hada aufmerksam zu machen. Er wird weiter illegal in Gewahrsam gehalten, obwohl er im Dezember 2010 seine 15-jährige Haftstrafe verbüßt hatte.

Als China im Januar 2013 die Auflösung der umstrittenen Arbeitslager ankündigte, äußerten wir Skepsis. Tatsächlich werden die **Umerziehungslager** in vielen Regionen unter anderem Namen weiter betrieben. Massiv kritisierten wir Äußerungen von Altbundeskanzler Gerhard Schröder, der öffentlich angemahnt hatte, Menschenrechtsfragen in den Beziehungen zu China keine so große Bedeutung beizumessen. Viele Medien griffen unsere Kritik auf und warfen Schröder vor, im Interesse von Diktaturen das Völkerrecht zu relativieren. Auch kritisierten wir das Gipfeltreffen der Schanghaier Kooperationsorganisation (SCO) im September 2013, weil der Antiterror-Kampf der Organisation Menschenrechtsverletzungen an Uiguren schürt. Den chinesischen Behörden warfen wir vor, systematisch Menschenrechtler aus dem In- und Ausland mundtot zu machen, um sie daran zu hindern, vor dem UN-Menschenrechtsrat über Menschenrechtsverletzungen zu berichten. So versuchten chinesische Diplomaten auch, die GfBV einzuschüchtern, um zu verhindern, dass bestimmte Zeugen von Menschenrechtsverletzungen vor dem UN-Menschenrechtsrat vorsprechen.

Als China am 26. Dezember den 120. Geburtstag des Staatsgründers Mao Zedong aufwändig feierte, kritisierten wir das Wiederaufleben eines prunkvollen Personenkults und das mangelnde Geschichtsbewusstsein der Kommunistischen Partei. Wir erinnerten an den **gewaltsamen Tod von mehr als 50 Millionen Menschen unter Mao**, bezeichneten den Staatsgründer als Massenmörder und forderten eine Aufarbeitung der von ihm begangenen Verbrechen.

Vietnam

In Eingaben vor dem UN-Menschenrechtsrat beklagten wir die **zunehmende Einschränkung der Glaubensfreiheit** durch den Erlass immer neuer Dekrete sowie durch willkürliche Verhaftungen von Protestanten, Katholiken und Buddhisten. Ein am 1. Januar 2013 in Kraft getretenes neues Religionsdekret ermöglicht aufgrund unklarer Formulierungen und mangelnder Definitionen eine breite Verfolgung von Gläubigen. Wir kritisierten unfaire Gerichtsverfahren gegen Gläubige und Priester sowie gegen Blogger und Regimekritiker. Besonders massiv leiden unter der Verfolgung Angehörige der Bergvölker, die als Christen und Indigene in doppelter Weise verfolgt werden. In Gesprächen mit dem Auswärtigen Amt und dem Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung drängten wir zu mehr Menschenrechtsengagement in Vietnam. Man sicherte uns zu, zukünftig Menschenrechtsfragen in Vietnam noch mehr Bedeutung beizumessen. Auf dem Evangelischen Kirchentag setzten wir uns im Rahmen einer weltweiten Kampagne für mehr Religionsfreiheit für die Freilassung eines aus politischen Gründen zu einer langen Haftstrafe verurteilten Geistlichen ein. Auch appellierten wir in einer Postkartenaktion an die Bundeskanzlerin, sich für mehr Glaubensfreiheit in Vietnam einzusetzen.

Pakistan

In rund einem Dutzend Presseerklärungen und Eingaben beim UN-Menschenrechtsrat kritisierten wir die **zunehmende Verfolgung und Schutzlosigkeit von religiösen Minderheiten**. Insbesondere die schiitischen Hazara wurden im Jahr 2013 aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit zu Hunderten bei Terroranschlägen sunnitischer Extremisten ermordet. Aber auch Christen, Hindu und Ahmadiyyah-Muslime leben äußerst gefährlich in Pakistan. Regelmäßig werden sie Opfer oft willkürlicher Blasphemie-Beschuldigungen. Den Angehörigen der religiösen Minderheiten droht selbst bei Freispruch vom Vorwurf der Blasphemie vor Gericht der Tod.

Mit einer Kampagne setzten wir uns für die Freilassung der wegen Blasphemie zum Tode verurteilten Katholikin **Asia Bibi** ein. Zwar konnten wir ihre sofortige Freilassung nicht erreichen, doch zumindest soll im Herbst 2014 angesichts der vielen Proteste nun in einem Berufungsverfahren über ihr Schicksal entschieden werden. Nachdrücklich forderten wir mehrfach in Appellen an den Staatspräsidenten Pakistans mehr Schutz für die religiösen Minderheiten. In zahlreichen Interviews mit Radiosendern legten wir dar, dass Pakistans Behörden bewusst mit dem Leben von Angehörigen religiöser Minderheiten spielen und nicht dazu bereit sind, **Glaubensfreiheit** zu gewähren. Immer mehr Angehörige dieser Minderheiten müssen nach Sri Lanka, Thailand und Australien fliehen und dort Schutz erbitten. Leider oft vergeblich.

Sri Lanka

Auch vier Jahre nach dem Ende des Bürgerkriegs gibt es in **Sri Lanka keine glaubwürdigen Bemühungen um eine Versöhnung zwischen Singhalesen und Tamilen** und auch keine angemessene Aufarbeitung der vor allem in den letzten Kriegsmonaten begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit. So kritisierten wir eine Rede des Staatspräsidenten Mahinda Rajapaksa zum Unabhängigkeitstag im Februar 2013, in der er seine Ablehnung der von Tamilen geforderten Autonomie bekräftigte. Mehr als einhundert Empfehlungen des UN-Menschenrechtsrates wurden von Sri Lanka als haltlos bezeichnet, bemängelte die GfbV. Vergeblich forderten wir den Commonwealth auf, sich im November 2013 nicht zu seinem Gipfeltreffen in Sri Lanka zu versammeln und dem Inselstaat nicht den Vorsitz des Staatenbündnisses zu übertragen. Wenigstens reagierte der britische Premierminister Cameron auf die Proteste und kritisierte die Menschenrechtspolitik und anhaltende Straflosigkeit in Sri Lanka.

In mehreren Presseerklärungen und Interviews warnten wir vor dem zunehmenden Einfluss **buddhistischer Extremisten** in Sri Lanka, die mit rassistischen Hetzparolen gegen Muslime mobilisieren. Besonders nachdrücklich warnten wir vor einer Ausgrenzung von Muslimen aus dem öffentlichen Leben.

Indien

Als Indiens Regierung im August 2013 ein Programm zur Bekämpfung des Hungers propagierte und subventionierten billigen Reis für die Armen ankündigte, wiesen wir in einer Presseerklärung auf das **Schicksal der verarmten Adivasi-Ureinwohner** hin. Billige Reislieferungen helfen ihnen nicht, sie benötigen vor allem Proteine und Nährstoffe, um ihr Überleben zu sichern. Wir machten darauf aufmerksam, dass in den Monaten zuvor allein in einem Bezirk des Bundesstaates Kerala 50 Adivasi-Kinder an Unterernährung gestorben waren. Massiv protestierten wir bei den zuständigen Behörden gegen den Hungertod der Kinder, die daraufhin auch Hilfslieferungen für die betroffenen Familien in die Wege leiteten.

Als im Oktober 2013 mutmaßliche Brandstifter einer Kirche und von 14 Häusern von Christen im Bundesstaat Orissa vor Gericht freigesprochen wurden, protestierten wir gegen die anhaltende Straflosigkeit bei Übergriffen auf Christen in Indien. Mehr als fünf Jahre nach den pogromartigen Ausschreitungen gegen Christen im Bezirk Kandhamal in Orissa gibt es noch immer keine Gerechtigkeit für die Opfer der Gewalt, beklagten wir in einer Presseerklärung.

Japan

Nach der Atomkatastrophe von Fukushima engagierten wir uns 2013 in einer Postkarten-Kampagne für mehr internationale Hilfe bei der **Bewältigung der Nuklearkatastrophe**. Wir erinnerten in Presseerklärungen, Interviews und zahlreichen Vorträgen an die schwerwiegenden Folgen der Einleitung verseuchten Wassers in den Pazifischen Ozean für die meist vom Fischfang lebenden Ureinwohner auf den Pazifischen Inseln. Nachdrücklich forderten wir die japanische Regierung in einer Postkarten-Kampagne auf, internationale Experten in das Land einzuladen, um nach Wegen zu

suchen, wie die Ausbreitung der radioaktiven Verseuchung eingedämmt werden kann. Nach mehreren Wochen des Zögerns baten die japanischen Behörden im Herbst 2013 endlich um internationale Hilfe.

Burma

Viele Regierungen in Europa sehen Burma auf dem Weg zu einer Demokratisierung. Wie steinig dieser Weg ist, wird auch daran deutlich, dass der GfbV-Asienreferent Ulrich Delius im Jahr 2013 in 20 Presseerklärungen Menschenrechtsverletzungen in dem südostasiatischen Staat anprangerte. In 14 dieser Pressemitteilungen ging es um die systematische Ausgrenzung und Diskriminierung der muslimischen Rohingya-Minderheit sowie um das **Schüren von Gewalt zwischen Buddhisten und Muslimen**. Denn war beim Ausbruch der jüngsten Unruhen im Juni 2012 der Konflikt auf Buddhisten und muslimische Rohingya im Bundesstaat Rakhine begrenzt, so gab es im Jahr 2013 immer häufiger Übergriffe auf Muslime in anderen Landesteilen.

Scharf kritisierten wir auch in mehreren Eingaben beim Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen, dass buddhistische Extremisten mit Duldung der Behörden pauschal gegen Muslime hetzen. Besonders wurde dies deutlich, als im Juni 2013 eine Ausgabe des US-amerikanischen Nachrichtenmagazins „Time“ in Burma verboten wurde, weil sie sich kritisch mit den Umtrieben des buddhistischen Mönchs und Hasspredigers U Wirathu auseinandersetzte. Der umstrittene Mönch ruft mit seiner 969-Bewegung öffentlich zur Ausgrenzung von Muslimen auf und lässt unter anderem Aufkleber verbreiten, nicht mehr in Geschäften von Muslimen einzukaufen. Nachdrücklich kritisierten wir das Verbot des Nachrichtenmagazins als massiven Eingriff in die Pressefreiheit und forderten ein entschiedenes Vorgehen der Behörden gegen die Hassprediger. So warfen wir den Behörden in mehreren Presseerklärungen vor, Gewalttaten von Muslimen hart zu bestrafen, während die buddhistischen Anstifter straflos blieben. An soziale Netzwerke und ihre Betreiber appellierten wir, mehr Selbstkontrolle zu üben, um das Schüren von Gewalt einzudämmen.

In mehr als einem Dutzend gemeinsamen Erklärungen mit einem europäischen und einem weltweiten Netzwerk der Burma-Unterstützergruppen wiesen wir auf anhaltende Menschenrechtsverletzungen hin und forderten ein Ende der **Ausgrenzung der muslimischen Rohingya**. Gemeinsam mit 59 Nichtregierungsorganisationen aus fünf Kontinenten appellierten wir im Juni 2013 an Burmas Regierung, mehr zu tun für die nationale Versöhnung und für eine sichere Rückkehr der Flüchtlinge. Burmas Behörden warfen wir vor, die Ursachen der eskalierenden Gewalt zu ignorieren. Auf unserer englischsprachigen Facebook-Seite entwickelten wir eine Vielzahl von Aktivitäten für gleiche Rechte für Rohingya und informierten regelmäßig über neue Übergriffe sowie über die dramatische Flucht von zehntausenden Angehörigen der Minderheit. Immer wieder wandten wir uns an die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte sowie an den UN-Sonderberichterstatter zu Burma und machten sie auf neue Übergriffe aufmerksam. Meist griffen die Vereinten Nationen unsere Informationen auf und bemühten sich um eine Aufklärung der Hintergründe der Menschenrechtsverletzungen. Schließlich bezeichneten die UN die Rohingya als eine der am meisten verfolgten Gemeinschaften weltweit. Auch suchten wir das Gespräch mit Botschaften islamischer Staaten und der Organisation für Islamische Kooperation, in der zahlreiche islamische Staaten zusammengeschlossen sind. Wir unterstützten ihre Bemühungen um eine Verurteilung der schweren Menschenrechtsverletzungen in der UN-Vollversammlung, die schließlich in zwei richtungsweisenden Resolutionen die Gewalt gegen Rohingya anprangerte. Beim UN-Menschenrechtsrat und beim Internationalen Strafgerichtshof protestierten wir in Eingaben gegen neue, Rohingya diskriminierende Geburtenregelungen in Burma.

Wir machten vor allem auf das Schicksal der mehr als **40.000 Boatpeople** aufmerksam, die versuchten, auf dem Seeweg vor Gewalt, Vertreibung und anderen schweren Menschenrechtsverletzungen zu fliehen. Viele ihrer Boote waren nicht seetüchtig. Deshalb mussten wir leider oft mitteilen, dass Flüchtlingsschiffe gesunken und hunderte Bootsinsassen ertrunken

waren. In vielen Interviews schilderten wir den Leidensweg der Überlebenden dieser dramatischen Flucht, die oft berichteten, dass ihnen Schiffe oder die Marine der Nachbarländer keine Hilfe geleistet, sondern nur ihre Lebensmittelvorräte aufgefüllt und die seeuntüchtigen Boote erneut auf das Meer hinausgeschickt hatten. Vor allem Thailands Marine klagten wir mehrfach an, Rohingya-Flüchtlinge unmenschlich zu behandeln. Die Berichte internationaler Medien lösten auch in Thailand eine breite Diskussion über den Umgang mit den Flüchtlingen aus.

Mehrfach prangerten wir in Interviews auch die **katastrophale Lage der Rohingya-Flüchtlinge im benachbarten Bangladesch** an. Alle neuen Rohingya-Flüchtlinge werden an der Grenze zurückgewiesen. Die bereits mehr als 300.000 im Land lebenden Rohingya versucht Bangladesch, in ihre Heimat Burma abzuschieben. In zahlreichen Fax-Briefen wandten wir uns an die Regierung Bangladeschs und protestierten gegen die geplante Rückführung der Flüchtlinge. Auch führten wir Gespräche mit Botschaften islamischer Staaten, um sie zu mehr Engagement für Burmas bedrängte Minderheit zu drängen. Vergeblich appellierten wir an die ASEAN, Burma angesichts der anhaltenden Menschenrechtsverletzungen nicht den Vorsitz der Staatengemeinschaft zu übertragen. Unser Protest trug aber zumindest mit dazu bei, dass in den Medien eine offene Diskussion über das Menschenrechtsengagement der ASEAN ausgetragen wurde.

Immer wieder forderten wir die europäischen Regierungen auf, nicht alle während der Militärdiktatur erlassenen Sanktionen gegen Burma aufzuheben, so lange das Land den Rohingya die Staatsbürgerschaft verweigert. Doch durchsetzen konnten wir uns mit unserer Forderung nicht, da insbesondere aus der Wirtschaft großes Interesse an einem Ausbau der Beziehungen zu Burma signalisiert wurde. Dies drückte sich auch in der Entwicklungszusammenarbeit Burmas mit Deutschland aus, die wir kritisch begleiteten und in der wir mehr Hilfen für die lange vernachlässigten Siedlungsgebiete von Minderheiten forderten. Gemeinsam mit einem Netzwerk deutscher Menschenrechts- und Hilfsorganisationen unterstrichen wir diese Forderung mit einem Faktenpapier und gemeinsamen Appellen zur schwierigen Lage in vielen Minderheiten-Regionen.

Nachdrücklich forderten wir ein Ende des **Kachin-Konflikts** und einen freien humanitären Zugang zur Zivilbevölkerung in den umkämpften Gebieten im Kachin-Staat. Angesichts der internationalen Appelle verbesserte sich die humanitäre Lage der Kachin, doch der lange erhoffte Waffenstillstand ist noch immer nicht unterzeichnet. Nach einem 17 Jahre andauernden Waffenstillstand war im Jahr 2011 erneut Krieg zwischen den Kachin und der burmesischen Armee ausgebrochen. Auch machten wir in zahlreichen Interviews und in Gesprächen im Auswärtigen Amt auf die starke Zunahme von Landrechtskonflikten vor allem in Minderheiten-Regionen aufmerksam und warnten vor neuen Konflikten wegen des geplanten Baus von neuen Pipelines, Straßen, Staudämmen und Bergbauminen.

Kambodscha

Auch 2013 hat sich die GfbV für die **Sicherung der Landrechte indigener Völker** in Nordost-Kambodscha eingesetzt. Sie kritisierte besonders eine Landvermessungs-Kampagne des Premierministers. Dabei wurden Teile indigener Gemeinschaften gedrängt, private Landtitel anzunehmen, obwohl ihnen die Gesetzgebung kollektive Landrechte zusichert, die nicht nur Ackerland, sondern auch Wälder umfassen. Die GfbV wandte sich mit einer Unterschriftenaktion außerdem gegen den Bau eines Wasserkraftwerks in Ratanakiri, der nicht nur die unmittelbare Umsiedlung tausender Indigener nach sich zieht, sondern auch eine Dezimierung des Fischbestands im Mekong und seinen Zuflüssen fürchten lässt, von dem etwa 50.000 indigene Anrainer stromabwärts abhängen.

Die Ergebnisse einer **Vor-Ort-Recherche** wurden in einem Bericht der Bundesregierung vorgelegt und die GfbV setzte sich in Hintergrundgesprächen und Fachdiskussionen für eine Entwicklungspolitik ein, die die Rechte von Indigenen und Minderheiten stärker berücksichtigt. Die GfbV-Kambodscha-

Koordinatorin Judith Kunze unterstützt seit Dezember 2013 in Phnom Penh den Aufbau einer Menschenrechtsorganisation, die sich für Khmer Krom und die eingesessene vietnamesische Minderheit einsetzt.

INDIGENE VÖLKER

Kanada: First Nations

Kanada erfüllt seinen Ruf eines liberalen Musterlandes für Minderheiten und Menschenrechte bezogen auf die Ureinwohner des Landes nicht. Mit mehreren Gesetzen werden die **Verfassungsrechte der First Nations ausgehöhlt**. Diese Rechte gehen noch auf Verträge mit der britischen Krone in der Kolonialzeit zurück. Dagegen formierte sich eine Bewegung aus indigenen Völkern, Umweltschützern und Menschenrechtlern namens **Idle no more** (nicht länger untätig), die sich über das Internet (Facebook) organisiert und inzwischen Unterstützer auch in den USA und Europa hat. Die GfbV-Referentin für indigene Völker Yvonne Bangert gab ein ausführliches Interview zu den Verfassungsrechten kanadischer First Nations für das Freie Radio Corax in Halle/Saale. Im Frühjahr 2013 verfasste das Referat indigene Völker eine Stellungnahme zu diesem Thema an den UN-Menschenrechtsrat. Eine Newsletter Aktion mit einem Briefappell an Kanadas Präsidenten Harper wurde gut angenommen: In knapp zwei Wochen zählten wir 860 Teilnehmer. Eine Kundgebung von Idle No More Germany and Friends, der deutschen Unterstützerorganisation der Bewegung, am 13. Januar in Berlin begleiteten wir mit Öffentlichkeitsarbeit (Presserklärung, Homepage, Blog, Flyer, Facebook).

Blog-Beiträge, Artikel und Hintergrundpapiere verfassten wir zum Widerstand der Micmac First Nation in Elsipogtog in New Brunswick an der Ostküste Kanadas gegen **Fracking** auf ihrem Gebiet. Sie befürchten eine Gefährdung für ihre Trinkwasserversorgung und eine Zersiedelung der Landschaft. Vorausgegangen waren Hilferufe der Micmac wegen **extremer Gewaltanwendung der Royal Canadian Mounted Police** (RCMP) gegen ihre Mahnwachen; in einem Newsletter-Bericht, begleitet durch eine Pressemeldung, baten wir um Unterstützung eines Appells an den Premierminister New Brunswicks, David Alward.

USA: Freiheit für Leonard Peltier

Am 18. und 19. Juni 2013 kam US-Präsident Barak Obama zu seinem ersten Staatsbesuch nach seiner Wiederwahl nach Berlin. Wir waren an beiden Tagen mit Mahnwachen präsent, am 18. Juni am Tiergarten hinter dem Brandenburger Tor und am 19. Juni in glühender Hitze auf dem Bebelplatz. Zuvor hatten wir Bundeskanzlerin Merkel und Bundespräsident Gauck in Briefen und mit einer Pressemeldung gebeten, sich in ihren Gesprächen mit dem Staatsgast für eine Begnadigung Leonard Peltiers auszusprechen. Mit einer häufig wiederholten Straßentheaterszene, indianischer Live-Musik und Flugblättern konnten wir trotz der hermetisch gesicherten Bannmeile viele Menschen erreichen und Interviews für den RBB (Hauptnachrichten) sowie zahlreiche online-Medien von Spiegel.de über Tagesspiegel und BZ bis Süddeutsche geben. Wir riefen im Rahmen der Kampagne „Letters4Leonard“ zu handschriftlichen Briefen an Präsident Obama mit einem Appell zugunsten der **Begnadigung Peltiers** auf. Zum 37. Jahrestag der Schießerei im Pine Ridge Reservat, die zur Verhaftung Peltiers führte, war die Referentin für indigene Völker an einer zweistündigen Sendung des Lokalsenders Radio Corax in Halle/Saale beteiligt. Link zum Mitschnitt:
<http://www.gfbv.de/inhaltsDok.php?id=2648&stayInsideTree=1>

Chile: Mapuche in Chile

In Chile kommen im Zuge des **Landkonflikts** zwischen Mapuche, Großgrundbesitzern und Staat am 4. Januar die Eheleute Luchsinger/McKay ums Leben. Sie gehörten zu jenen Großgrundbesitzern, deren Land von Mapuche beansprucht wird. Die chilenische Medienöffentlichkeit weist sofort den Mapuche die Verantwortung für den Tod der beiden alten Leute zu, obwohl es dafür keine Beweise und auch kein Bekenntnisschreiben gibt. Die Mapuche ihrerseits weisen quer durch alle politischen Strömungen die Verantwortung für den Zwischenfall zurück. Präsident Piñera ruft den Ausnahmezustand aus und droht mit der Anwendung des aus der Pinochet Diktatur übernommenen **Antiterrorgesetzes gegen die Mapuche**. Dann wird der Schamane Celestino Cordoba verhaftet und

wegen Mordes an den beiden Großgrundbesitzern angeklagt. Wir setzen uns mit Briefen an die Behörden für Haftbedingungen ein, die ihm als Schamanen die Aufrechterhaltung seines spirituellen Lebens ermöglichen. Außerdem fordern wir, dass er nicht nach dem Antiterrorgesetz angeklagt wird. Wir bitten Kanzlerin Merkel (Brief und Presseerklärung), die am EU-Lateinamerika-Gipfel in Santiago de Chile (26./27.1.2013) teilnimmt, sich bei der Regierung Chiles für einen fairen Dialog mit den Mapuche einzusetzen; Frau Merkel lässt uns antworten, dass Präsident Piñera ihr gegenüber einen „Marshall-Plan“ für die Mapuche angekündigt habe sowie Maßnahmen zur Unterstützung der kulturellen und politischen Identität der Mapuche. Tatsächlich aber kommt es zu einer neuerlichen Verhaftungswelle unter den Mapuche. Wir geben das Memorandum „Der Mapuche-Konflikt – Entstehung und Status quo“ (in Deutsch, Englisch und Spanisch) heraus und senden es u.a. an die Abgeordneten in den relevanten Ausschüssen des Bundestags.

Brasilien: Ashaninka

Der Ashaninka-Führer Benki Piyäko aus dem brasilianischen Bundesstaat Acre, dessen Urwaldschule Yoreka Ätame wir bereits seit ihrer Gründung vor fast zehn Jahren unterstützen, wird am Tag der Menschenrechte, dem 10. Dezember 2013, mit dem renommierten **Menschenrechtspreis der Stadt Weimar** ausgezeichnet. Die GfbV hatte ihn nominiert. Wir organisieren zusammen mit der GfbV-Brasilien-Expertin Eliane Fernandes Ferreira Reise und Aufenthalt von Benki Piyäko und seinem Begleiter Leonilson da Silva; GfbV-Referentin Yvonne Bangert vertritt die GfbV bei der Pressekonferenz der Stadt Weimar und der Preisverleihung. Benki Piyäko nutzt seinen Aufenthalt für mehrere Veranstaltungen in Weimar, Hamburg und im Victor-Gollancz-Haus der GfbV in Göttingen. Zur Jahresversammlung 2013 ehrt uns Benki Piyäko mit einer Videobotschaft.

Schweden: Samen

Die Entscheidung der schwedischen Regierung vom 22. August 2013, eine Förderung von Nickel auf dem Land der Samen nahe Rönnebäcken erlauben, erfüllt die Samen mit großer Sorge. Die in dem Gebiet lebenden samischen Rentierzüchter lehnen den Bergbau ab. Sie wehren sich ebenfalls gegen den geplanten Bergbau des britischen Unternehmens Beowulf bei Kallak/Gállok im Samenland. Mit Protestcamps, Demonstrationen und Eingaben an die Verantwortlichen protestierten die Ureinwohner. Wir unterstützten sie mit **Presseerklärungen, einer Grußbotschaft für eine Demonstration und Internetaktionen** an die verantwortlichen Politiker. Mehrmals konnten wir in den Medien und auch für unsere Zeitschrift Pogrom über diese aktuellen Fälle in Schweden berichten. Wir konnten gute Kontakte zu den Samen vor Ort aufbauen.

Und sonst: Außerdem haben wir 2013 ein **Hintergrundpapier zur Situation der Aboriginal People in Australien** veröffentlicht; Bundeskanzlerin Merkel baten wir im April, sich bei ihrem Staatsgast, dem ecuadorianischen Präsidenten Rafael Correa für den Erhalt des **Yasuni-Nationalparks**, der Lebensgrundlage der Waorani und der in Abgeschiedenheit lebenden Tagaeri und Taromenane einzusetzen. Newsletterkampagnen starteten wir gegen die Gefährdung von Indianern in Kanada und den USA durch **Teersandausbeutung und Grundwasserverseuchung sowie das Pipeline-Projekt Keystone XL**; zum **Kindesentzug** bei Ureinwohnern im australischen Northern Territory unter dem Motto leaving them home; zur Bedrohung des **heiligen Berges der Kiowa** in Oklahoma Longhorn Mountain, der von einem Unternehmen, das Kies/Schotter für den Straßenbau produziert, zerstört werden sollte (mit der Native American Association of Germany NAAoG). Die Göttinger Bevölkerung informierten wir zusammen mit Jugendlichen aus Grönland und dem norwegischen Samenland über die Situation in ihren Minderheitengebieten; sie waren als Gäste des Jugend-Aktions-Netzwerk-Umwelt-und-Natur (JANUN) in Niedersachsen. Zum Thema „**Wasser ist Menschenrecht**“ erschien zum Weltwassertag im März ein umfassendes Memorandum, an dem das Referat indigene Völker beteiligt war. Außerdem nahm die Referentin für indigene Völker am letzten **Fachgespräch von BMZ und GIZ/KIVLAK** „Das Recht auf vorherige Konsultation und Unternehmen: Kompetenzen stärken-

Rechte umsetzen-Konflikten vorbeugen“ am 14. März in Bonn teil. Die Koordinationsstelle für die indigenen Völker in Lateinamerika und der Karibik wurde leider mittlerweile aufgelöst.

GFBV-ARBEIT BEI DEN VEREINTEN NATIONEN

Einsatz für Minderheiten- und Menschenrechte bei den Vereinten Nationen

Auch in diesem Jahr erreichten wir, dass eine Delegation von Frauenrechtlerinnen aus dem Kaukasus zur UN-Frauen-Konferenz fahren konnte. Ihre Teilnahme war ein voller Erfolg, unsere Delegation konnte viele Diplomaten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen treffen und über mehrere Tage neue, wichtige Kontakte knüpfen.

Es sind solche Begegnungen mit Opfern staatlicher Willkür, die für Diplomaten oft ganz neue und wichtige Erfahrungen sind. Statt über Resolutionstexte zu streiten, erfahren sie, wie Angehörige ethnischer Minderheiten systematisch verfolgt werden. Neben solchen Veranstaltungen verschaffen wir uns natürlich auch mit vielen schriftlichen und mündlichen Eingaben in der Menschenrechtsarbeit der Vereinten Nationen Gehör. Im Jahr 2013 waren es wieder zahlreiche schriftliche und mündliche Stellungnahmen, mit denen wir auf vergessene Konflikte und das Schicksal von ethnischen und religiösen Minderheiten aufmerksam machten. Das Themen-Spektrum ist enorm, die GfbV legte kritische Stellungnahmen über die Lage von Minderheiten in Ländern von **Bhutan bis Vietnam, von Norwegen bis Bangladesch und zu Kongo, Malaysia, Nigeria, China, Tibet, Xinjiang/Ostturkestan, Saudi-Arabien, Iran, Syrien, Tansania, Burma, Pakistan, Chile, Kanada, Sudan, Türkei sowie Sri Lanka** vor.

Mitte März waren wir Organisatoren einer dreitägigen Konferenz in Genf, bei der sich mehr als 100 Vertreterinnen und Vertreter von Minderheiten aus China (Tibeter, Uiguren, Mongolen) und der chinesischen Demokratiebewegung über neue Möglichkeiten der Kooperation austauschten. Die Konferenz fand ganz in der Nähe der UN statt. Mitveranstalter waren die UNPO und der Weltkongress der Uiguren. Sehr viele wichtige Leute nahmen an der Konferenz teil (Rebiya Kadeer, wichtige Vertraute des Dalai Lama, die bedeutendsten Vertreter der Mongolen im Exil, führende Vertreter der Demokratiebewegung, China-Experten). Für die Internationalisierung unserer Arbeit sind solche Initiativen sehr wichtig.

Wir leisten auch viel Lobby-Arbeit bei den Mitgliedstaaten und bei Sonderberichterstattern des Menschenrechtsrates, um den Text geplanter Resolutionen oder öffentlicher Erklärungen der Mitgliedstaaten des Rates zu beeinflussen. So trafen unsere Mitarbeiter mehr als 20 offizielle Delegationen von Staaten und führten viele Gespräche mit UN-Menschenrechtsexperten. Dies hatte auch dieses Jahr wieder zur Folge, dass die am meisten kritisierten Staaten besonders unsere Menschenrechtsarbeit in den Vereinten Nationen hinterfragten. Auch in diesem Jahr stellte die chinesische Delegation im UN-Komitee zur Überprüfung der Arbeit von Nichtregierungsorganisationen wieder Fragen. Ob wir vor zwölf Jahren bei einer Veranstaltung in Genf zum Menschenrechtsdialog mit China teilgenommen hätten. Unsere Kritik wird von Staaten wie Russland, China oder dem Sudan wahrgenommen. Sie werden auch weiterhin Fragen zu unserer Arbeit stellen. Und wir werden diese Fragen auch weiterhin geduldig beantworten.

AKTIONEN

Im Jahr 2013 organisierte der GfbV-Aktionsreferent Daniel Matt zahlreiche kreative politische Aktionen und informative Veranstaltungen sowie Infostände. Einige davon werden im Folgenden exemplarisch aufgeführt.

Im Januar besuchte der damalige ägyptische Präsident Mohammed Mursi die Bundeshauptstadt. Das Interesse der Medien war groß, als wir diesen Staatsbesuch zum Anlass nahmen, zusammen mit in Deutschland lebenden Kopten **gegen die Verfolgung der christlichen Minderheit in Ägypten** zu demonstrieren.

Im März machten wir bei **der Leipziger Buchmesse** mit einem kleinen, aber kreativ gestalteten Stand auf Landraub auf Kosten indigener Völker aufmerksam. Um den billigen Verkauf oder die jahrzehntelange Verpachtung von Flächen an Großinvestoren zu symbolisieren, funktionierten wir unser Stand zu einem kleinen Discount-Supermarkt um, in dem sarkastisch für den Kauf von billigem Land geworben wurde.

Als sich **Wladimir Putin im April in Hannover** ankündigte, um persönlich Russland bei der Eröffnung der Industriemesse zu repräsentieren, empfangen wir ihn mit zahlreichen Transparenten. Unter anderem forderten wir, keine Waffen in das bürgerkriegszerüttete Syrien zu liefern und den Völkermord an 80.000 Tschetschenen nicht zu vergessen. Unser Transparent „Putin ist ein lupenreiner Diktator, Frau Merkel“, tauchte vielfach in den Medien auf.

Anfang Mai gestalteten wir unseren Stand auf dem **Kirchentag in Hamburg** als Gefängniszelle. Interessierte Besucher konnten sich hinter Gitterstäben mit einem Schild in der Hand, auf dem die Freilassung eines vietnamesischen Christen gefordert wurde, fotografieren lassen. Aus den gesammelten Fotos produzierten wir einen Bildband, der an die Bundesregierung gesendet wurde. Unter den Teilnehmern an der Aktion befand sich unter anderen der SPD-Bundestagsabgeordnete Thomas Oppermann.

Im Juni begleiteten wir den **Besuch von US-Präsident Barack Obama** in Berlin mit mehreren Aktionen. Vor dem Brandenburger Tor bauten wir uns mit dem riesigen Schildern, die den Schriftzug „Free Peltier“ bildeten, auf und baten so um die Freilassung des in den USA inhaftierten indianischen Bürgerrechtlers. Parallel zu Obamas Rede am Brandenburger Tor führten wir ein Straßentheaterstück rund um den Fall Leonard Peltier auf.

Im Juli taten wir uns mit dem bosniakischen Kulturverein Hannover zusammen und erinnerten in der Innenstadt von Hannover an das **Massaker von Srebrenica** in Ostbosnien im Jahr 1995.

Zu unserer Jahreshauptversammlung im Oktober war Deutschlands profiliertester **Rüstungsgegner Jürgen Grässlin** zu Gast. Zu seinem spannenden Vortrag über Waffenexporte aus Deutschland in Krisenregionen kamen zusätzlich zu unseren Mitgliedern und Förderern viele Gäste aus Göttingen und Umgebung.

Im November begleiteten wir den **Besuch von Bundespräsident Joachim Gauck** im Grenzdurchgangslager Friedland mit der Forderung, 50.000 syrische Flüchtlinge aufzunehmen.

Im Dezember nahmen wir den **Petersburger Dialog in Kassel** zum Anlass, um darauf aufmerksam zu machen, dass die Olympischen Spiele in Sotschi nur eine Fassade sind und Wladimir Putin weiterhin unverhohlenen Minderheiten und Menschenrechtler im eigenen Land verfolgt. Hierfür umwickelten wir die große Reifen, die wir zu Olympischen Ringen zusammengefügt hatten, mit Stacheldraht und trugen weiße Masken mit zugeklebtem Mund.

Ebenfalls im Dezember fand unsere **bundesweite Weihnachtsaktion** unter dem anklagenden Motto „Deutsche Waffen töten. Weltweit.“ statt. In insgesamt 20 Städten organisierten ehrenamtliche Aktive Mahnwachen und Infostände und verteilten unser Infomaterial.

Besonderer Dank gilt Lisa Elfering, Christian Kramer, Michael Stoll, Nina Reuther, Sophia Israel und Manon Laberene, die als Praktikantinnen und Praktikanten im Jahr 2013 das Aktionsreferat tatkräftig unterstützten sowie allen weiteren Aktiven, die uns bei Wind und Wetter bei unseren Aktionen und Veranstaltungen zur Seite standen.

REGIONALGRUPPEN

Ehrenamtliches Engagement in den Regionen 2013

Mit zahlreichen kreativen Aktionen und Veranstaltungen trugen unsere 15 Regionalgruppen (RG) in ihren Städten und Regionen erheblich zur Arbeit für bedrohte Minderheiten der Gesellschaft für bedrohte Völker bei. In vielen Städten konnte das Bundesbüro bei Aktionen auf ihre Unterstützung bauen. Wie breit gefächert die Schwerpunkte unserer Ehrenamtlichen sind, zeigen die hier beispielhaft angeführten Aktivitäten einiger RGs:

Die Regionalgruppe Göttingen sammelte Spenden für Nordsyrien und zeigte eine Filmreihe zu indigenen Völkern Süd- und Mittelamerikas. Ihr Sommerfest mit Reggae-Musik war gut besucht.

Die Regionalgruppe Köln setzte ihr unermüdliches Engagement für die Mapuche in Chile, unter anderem mit einem Stand beim Deutschen Entwicklungstag und zahlreichen weiteren öffentlichkeitswirksamen Kunstaktionen, fort.

Die Regionalgruppe Düsseldorf informierte mit zahlreichen Bücher- und Infotischen Interessierte aus ihrem Raum.

Die Regionalgruppe Aachen war mit einem Infostand auf dem Eine-Welt-Fest in ihrer Stadt vertreten.

Die Regionalgruppe Münster führte zahlreiche Veranstaltungen und Infostände durch und nutzte ihre gute Vernetzung mit anderen Vereinen, Kirchen und Institutionen, um auf bedrohte Minderheiten aufmerksam zu machen.

Die Regionalgruppe Karlsruhe organisierte neben zahlreichen weiteren Aktionen die erfolgreiche Ausstellung „Vergessene Flüchtlingslager in Bosnien und Herzegowina“.

Die Regionalgruppe Berlin unterstützte das Bundesbüro bei jeder Aktion, die wir in der Hauptstadt durchführten. Auch kooperierte die Berliner Gruppe bei zahlreichen Aktionen mit der Tibet Initiative Deutschland sowie Rettet den Regenwald und war beim gut besuchten Kreuzberger Karneval der Kulturen vertreten.

Die Regionalgruppe München informierte mit zahlreichen Radio Sendungen, Vorträgen, Informationsständen über die indigenen Völker Russlands, wie die Udmurten, Burjaten, Jukagiren und Saamen, und protestierte vor dem russischen Konsulat für mehr Versammlungsfreiheit. Bei der Leipziger Buchmesse hielt Regionalgruppensprecherin Tjan Zaotschnaja einen gut besuchten Vortrag zur itelmenischen Sprache.

Die Regionalgruppen Fulda und Paderborn informierte an der Universität mit Infoständen zu Menschenrechtsthemen.

Die Regionalgruppe Nürnberg machte mit unermüdlichem Engagement die Bürger Mittelfrankens auf Menschenrechtsthemen aufmerksam und sensibilisierte insbesondere für die Völker der Arktis. Hierfür trat Dietmar Hasse, unterstützt von seinen Mitstreitern, bei

zahlreichen Veranstaltungen als Referent auf und organisierte Veranstaltungen und Infostände.

Die Regionalgruppe Hamburg der GfbV begann das Jahr 2013 mit einem Vortrag von Christina Fischer zur Situation der Lakota Sioux und Western Shoshone in den USA und der First Nations in Kanada im Kulturladen St. Georg. Schwerpunkt im zweiten Halbjahr 2013 waren Aktionen zum Thema Waffenexporte, wobei die Gruppe anlässlich der bevorstehenden Bundestagswahl in einer E-Mailaktion Fragebögen zum Thema an sämtliche Hamburger Kandidaten für den Bundestag schickte und deren Antworten auf ihrer Facebook-Seite veröffentlichte.

Zahlreiche Regionalgruppen beteiligten sich mit Infoständen in ihren Städten am Deutschen Entwicklungstag sowie mit Mahnwachen an der Weihnachtsaktion „Deutsche Waffen töten. Weltweit.“

Ein Bundesweites Regionalgruppentreffen fand im März in Göttingen statt. Dort gab es einen regen Austausch zwischen den Vertretern der Gruppen und dem Bundesbüro. Großer Dank gilt dem Bundesregionalgruppensprecher Kajo Schukalla (Münster), seinen Vertreterinnen Heike Schiefelbein (Hamburg) und Vera Schilling (Mittelfranken) sowie allen, die sich ehrenamtlich in den Regionalgruppen der GfbV engagieren. Ohne diesen stetigen Einsatz in den Regionen für Minderheiten und Menschenrechte, wäre die Arbeit der Gesellschaft für bedrohte Völker nicht möglich.

PRESSE UND MEDIENECHO

Elf prall mit Zeitungsausschnitten gefüllte Aktenordner umfasst unser Medienecho 2013. Ein Ausschnittdienst sichtet für uns regelmäßig die bundesweit und regional erscheinenden, zum großen Teil sehr auflagenstarken Tages- und Wochenzeitungen sowie politischen Zeitschriften. Wöchentlich werden unserer Mitarbeiterin Iris Castro die Beiträge zu, in denen die GfbV genannt wird. Besonders wenn Nachrichtenagenturen wie die Deutsche Presse-Agentur dpa oder der Evangelische Pressedienst epd unsere Presseverlautbarungen aufgreifen, einen Referenten befragt oder auf unserer Homepage konkrete Angaben zu einer Volksgruppe gefunden haben, werden Beiträge in vielen Zeitungen abgedruckt, manchmal sogar bundesweit in jeder Tageszeitung. Die Online-Medien beobachten wir selbst und drucken bei Nennung unseres Namens dann einen Beleg aus. Oft sind dies jedoch nur Stichproben, denn natürlich finden sich längst nicht alle Nachrichten, die zum Beispiel im Rundfunk verlesen werden, ihren Niederschlag im Internet.

Auch alle Interviews, die unsere Referentinnen und Referenten geben, erfassen wir. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht einer von ihnen in einem Rundfunksender zu Wort kommt oder von einer Zeitung um einen Kommentar gebeten wird. Mehrfach wurden wir auch von Korrespondenten aus dem Ausland um kritische Einschätzung der Lage vor Ort gebeten. Öffentlich-rechtliche und private Rundfunksender, aber auch nichtkommerzielle Bürgerradios, der deutsch-, englisch-, französisch-, arabisch- oder russischsprachige Dienst der Deutschen Welle oder Sender im Ausland wie Voice of America oder BBC baten um einen O-Ton. So konnten wir bedrohten und verfolgten ethnischen und religiösen Minderheiten eine Stimme geben.

Insgesamt 236 Pressemitteilungen, Einladungen zu Menschenrechtsaktionen und Pressekonferenzen sowie Hinweise auf Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen hat unsere Pressereferentin Inse Geismar im Jahr 2013 an Nachrichtenagenturen, die politischen Redaktionen der Tages-, Wochen- und Sonntagszeitungen, des öffentlichen, privaten und Bürgerrundfunks, an Fernsehredaktionen und Online-Portale versandt. Viele unserer Mitteilungen adressierten wir auch an thematisch spezialisierte Verteiler. Einbezogen wurden selbstverständlich auch die meist in Berlin ansässigen Journalisten der ausländischen Presse sowie die deutschen Korrespondenten in dem Staat, in dem wir auf Menschenrechtsverletzungen an Minderheiten oder indigenen Völkern hinweisen.

Neben unserem bundesweiten und unseren Fachverteilern führen wir auch Listen mit den Redaktionen regionaler Medien. Denn wenn wir zum Beispiel Kritik an Landespolitikern üben oder in einer Stadt eine besondere Veranstaltung ankündigen, informieren wir die Redaktionen und Korrespondenten in dem jeweiligen Bundesland bzw. der betreffenden Stadt und Gemeinde.

Alle unsere überregional bedeutenden Pressemitteilungen wurden ins Englische übersetzt, auf unserer englischsprachigen Internetseite veröffentlicht und an Journalisten versandt.

Anlass für Pressemitteilungen boten uns tagesaktuelle Entwicklungen in den jeweiligen Krisenregionen, die unsere Referenten zeitnah wahrnehmen und bekannt machen wollen, genauso wie zum Beispiel internationale Gedenktage oder Staatsbesuche. So appellierten wir an die deutschen Gastgeber, bei ihren Gesprächen mit den Vertretern ausländischer Regierungen auf eine Verbesserung der Menschenrechtsslage von Minderheiten zu dringen oder sich für die Freilassung politischer Gefangener einzusetzen. Mit begleitenden Aktionen oder Mahnwachen – etwa vor dem Brandenburger Tor -, zu denen wir die Journalisten einluden, machten wir dabei nicht selten auf Missstände aufmerksam und informierten über Unterdrückung oder blutige Verfolgung. Reisten deutsche Politiker - manchmal auch begleitet von Wirtschaftsdelegationen - selbst in fremde Länder, appellierten wir an sie, sich vor Ort für diskriminierte und drangsalierte Gruppen einzusetzen und so deutlich zu signalisieren, dass Menschenrechtsverletzungen nicht unter den Teppich gekehrt werden können.

Die Themen der von den Medien in den zwölf Monaten 2013 besonders gut aufgenommenen GfbV- Pressemitteilungen zeigen spiegeln das breite Spektrum unserer Menschenrechtsarbeit wider: Im Januar sandte uns der Ausschnittdienst einen dicken Paken Zeitungsartikel, in denen unser Name im Zusammenhang mit den blutigen Auseinandersetzungen in Mali fiel. Dort waren tausende Tuareg, die zwischen die Fronten von Armee und islamistischen Extremisten geraten waren, auf der Flucht. Im Februar war die Resonanz auf unsere Warnung, dass die christlichen Kopten in Ägypten unter dem Erstarken des radikalen Islam besonders zu leiden hätten, groß. Über unsere Forderung, die Christen in Pakistan besser zu schützen, berichtete im März vor allem die kirchliche Presse. Unsere Mahnwache während der Hannovermesse im April gab Anlass zu bundesweitem Medienecho. Wir hatten Wladimir Putins rigorosen Repressionen gegen Nichtregierungsorganisation und Menschenrechtler kritisiert. Im Mai trugen wir in vielen Blättern und Radiosendern zur kritischen Diskussion über deutsche Waffenlieferungen an Saudi-Arabien und Algerien bei. Nahezu alle Medien berichteten im Juni anlässlich des Staatsbesuchs von US-Präsident Barack Obama über unsere Aktion vor dem Brandenburger Tor für eine Begnadigung des indianischen Bürgerrechtlers Leonard Peltier. Im Juli machten wir die Verfolgung der muslimischen Rohingya in Burma zu einem viel beachteten Thema, während wir im August noch einmal auf die schwierige Lage der bedrängten Christen in Ägypten besonders eindringlich aufmerksam machen konnten. Unsere Pressemitteilungen über die Unterdrückung der muslimischen Uiguren im Nordwesten Chinas und das Verbot in Malaysia, den christlichen Gott auch „Allah“ nennen zu dürfen, brachten im September und Oktober ein breites Presseecho. Bundesweit wurde über unsere Aktion vor dem Grenzdurchgangslager Friedland im November berichtet. Dort hatten wir während des Besuchs von Bundespräsident Joachim Gauck die Forderung erhoben, mindestens 50.000 Flüchtlingen aus Syrien in Deutschland Schutz zu gewähren. Im Dezember schließlich erschienen in vielen Zeitungen Rezensionen unseres Bildkalenders „Stark und verletzlich – Frauen 2014“

Als besondere Aufgabe haben wir es 2013 jedoch auch angesehen, über „vergessene Konflikte“ zu berichten. Auch wenn die Medien auf solche Nischenthemen nicht immer unmittelbar reagierten, können wir doch kaum eine Pressemitteilung verzeichnen, die spätestens nach ihrer Veröffentlichung auf unserer Homepage nicht doch zu Nachfragen, Bitten um Interviews oder langfristiger Berichterstattung führte. Oft stießen Journalisten bei ihrer Recherche auf uns im Internet, ließen sich von unseren Referenten beraten oder suchten Kontakt zu Betroffenen, den wir selbstverständlich auch gern vermitteln. Auch im Fernsehen war die GfbV nicht nur „in Aktion“ zu sehen oder wurde von Nachrichtensprechern zitiert. Unsere Experten wurden auch vor die Kamera gebeten. So wurde beispielsweise unser Afrikareferent Ulrich Delius zu einer „Newsshow des Deutsche Welle TV eingeladen, sprach dort über die Entwicklungen in Mali. Auch das ARD-Frühstücksfernsehen lud ihn ins Studio nach Köln ein. Aufgrund des eskalierenden Bürgerkrieges in Syrien blieb unser Nahostreferent Kamal Sido ein gefragter Ansprechpartner für Rundfunk- genauso wie für Fernsehsender.

Auf unserer Homepage haben wir 2013 Monat für Monat einen Pressespiegel veröffentlicht. Hier können wir nur die Namen der Zeitungen und einiger Rundfunk- und Fernsehsender auflisten, in denen auf unsere Menschenrechtsorganisation im vergangenen Jahr Bezug genommen wurde. Vielleicht ist auch Ihre Tageszeitung dabei!

20min.ch
24pr.de
aachener-zeitung.de
Aalener Nachrichten
Schwäbische Zeitung
Acher Rench Zeitung
Acher- und Bühler Bote

Achimer Kreisblatt
Achimer Kurier
ad-hoc-news.de
AFP
AGEM – Arbeitsgemeinschaft
Ethnomedizin e.V.
Ahlener Tageblatt

Ahlener Zeitung
Aichacher Nachrichten
Aichacher Zeitung
Alb-Bote
Alfelder Zeitung
Aller Zeitung
allgaeuhit.de

Allgäuer Anzeigebblatt
Immenstadt
Allgäuer Zeitung
Allgäuer Zeitung Kaufbeuren,
Kempten, Marktoberdorf
Allgemeine Zeitung
Allgemeine Zeitung für
Coesfeld
Allgemeine Zeitung für die
Lüneburger Heide
Allgemeiner Anzeiger
Allgemeiner Anzeiger Halver
alliteratus.com
a-lohas.de
Alsfelder Allgemeine
Altenaer Kreisblatt
Altländer Tageblatt
Altmühl-Bote
amerika21.de
Ammerländer Nachrichten
ankawa.com
Anzeiger für Burgdorf & Uetze
Anzeiger für Harlingerland
Anzeiger für Lehrte & Sehnde
arabia.msn.com
Arbeitsgemeinschaft
Ethnomedizin e.V. (agem-
ethnomedizin.de)
ARD
ARD Morgenmagazin
ARD-Tagesschau
Auer Zeitung
Augsburg(er) Land
Augsburger Allgemeine
B.Z.
Backnanger Kreiszeitung
Bad Doberaner Zeitung
Bad Dürkheimer Zeitung
Bad Langensalzaer Allgemeine
Bad Oeynhausener Anzeiger
Bad Rappenauer Bote
Bad Säckinger Zeitung
Bad Vilbeler Neue Presse/Bad
Vilbeler Neue Presse Online
Badezeitung
Badische Neueste Nachrichten
Badische Zeitung
Badisches Tagblatt
Barmstedter Zeitung
Barnim Echo Bernau
basar.de
Baslerzeitung
Bayerische Rundschau
Bayerischer Rundfunk/Bayern
2
Bayerisches Fernsehen
Bayerwald-Echo
Beckumer Zeitung

bedrohte Völker. Zeitschrift
der Gesellschaft für bedrohte
Völker Österreich
Beobachter
Berchtesgardener Anzeiger
Bergedorfer Zeitung
Bergische Landeszeitung
Bergische Morgenpost
Bergsträßer Anzeiger
Berliner
Morgenpost/morgenpost.de
Berliner Umschau / berliner-
umschau.de
Berliner Zeitung/berliner-
zeitung.de
Bersenbrücker Kreisblatt
Beueler Nachrichten
Bielefelder Zeitung
Bild der Frau
BILD/bild.de
Billerbecker Anzeiger
biothemen.de
blickpunkt eine welt
Bobinger Anzeiger
Böblinger Bote
Böblinger Zeitung
Bocholt-Borkener Volksblatt
boersenblatt.net
Böhme-Zeitung
Bonifatiusbote
Bonner Rundschau
Bonner Stadtanzeiger
Borkener Zeitung
Borkumer Zeitung
Borna-Geithainer Zeitung
Bote vom Haßgau
Bote vom Unter-Main
Boulevard Baden
Bramscher Nachrichten
Brandenburger Kurier
Braunschweiger Zeitung
Bremer Nachrichten Die
Norddeutsche
Bremer Tageszeitung
Bremervörder Zeitung Online
Brettener Nachrichten
brikada.de
Bruchsaler Rundschau
Buchloer Zeitung
buchvorstellung.de
Bünder Zeitung
Burgsteinfurter Anzeiger und
Tag
Butzbacher Zeitung
Buxtehuder Tageblatt
BZ Berlin online
Calenberger Zeitung
Camberger Anzeiger

Cannstatter Zeitung
Cellesche Zeitung
Charakter
charivari
Chemnitzer Zeitung
Chiemgau-Zeitung
China Observer
Dachauer Nachrichten
Dachauer SZ
Dahme-Kurier
dapd
de.euronews.com
Deister- und Weserzeitung
Deister-Anzeiger
Delitzsch-Eilenburger
Kreiszeitung
Delmenhorster Kreisblatt
Delmenhorster Kurier
Demminer Zeitung
Der Ammerländer
Der Bote für Nürnberg-Land
Der Dom
Der Gemeinnützige
Der Havelländer
Der Münsterländer
Der Nordschleswiger
Der Patriot
Der Sonntag
Der Sonntag – Kirchenzeitung
für das Bistum Limburg
Der Tagesspiegel
Der Westallgäuer
derbund.ch
derStandard.at
derwesten.de
Deutsche Welle/dw.de
Deutsche Welle-TV (Berlin)
Deutschlandradio Kultur
DEWEZET Deister- und
Weserzeitung
Die Glocke
Die Harke
Die Kirche
Die Kitzinger
Die Rheinpfalz
Die Tagespost
die tageszeitung (taz)
Die Tageszeitung für das
Weserbergland
Die Welt
Die Welt Hamburg
Die Welt Kompakt
Die Woche im Erzbistum
Hamburg
Dieburger Anzeiger
Diepholzer Kreisblatt
diepresse.com
Döbelner Allgemeine Zeitung

Domradio/domradio.de
Donauerschinger Zeitung
Donaukurier
Donauwörther Zeitung
Donau-Zeitung
Donnersberger Rundschau
Dorfener Anzeiger
Dosse Kurier
dpa
dpa afx-Nachrichtendienst
dpa Basisdienst Bundesweit
dpa Landesdienst
Niedersachsen/Bremen
dpa Landesdienst Thüringen
dradio.de
Dresdner Neueste Nachrichten
druckspiegel.de
dtj-online.de
Dülmener Zeitung
DunyaTV
Eberbacher Nachrichten
Ebersberger SZ
Ebersberger Zeitung
Echaz-Bote
Eckernförder Nachrichten
Eichsfelder Allgemeine
Eichsfelder Tageblatt
Eichstätter Kurier
Einbecker Morgenpost
Eisenacher Presse
elaph.com
Elbe-Jeetzel Zeitung
Elmshorner Nachrichten
Emdener Zeitung
Ems-Zeitung
Engerscher Anzeiger
Entwicklungspolitik online
(epo.de)
epd
Epoch Times/epochtimes.de
Eppinger Nachrichten
Erdinger Anzeiger
Erdinger SZ
ERF (erf.de)
ERF-Radio
Erlanger Nachrichten
Eschweger Allgemeine
Espelkamper Zeitung
Eßlinger Zeitung
europeonline-magazine.eu
Evangelische Sonntags-Zeitung
Evangelische Zeitung für
Hamburg & Schleswig Holstein
Evangelisches Sonntagsblatt
aus Bayern
existenzielle.de
extremnews.com
factum-magazin.ch

fair-news.de
Fairplanet
(<http://fairplanet.net/>)
fairundgrün.de
Fehmarnsches Tageblatt
Fellbacher Zeitung
fembooks.de
Filder-Zeitung
finanznachrichten.de
firmenpresse.de
Fläming-Echo
Flensburg Avis
Flüchtlingsrat Niedersachsen
(nds-fluerat.org)
Focus, Focus Online & Focus
Money
Frankenberger Allgemeine
Frankenberger Zeitung
Frankenpost Ausgabe
Kulmbach & Naila
Frankenthaler Zeitung
Frankfurter Allgemeine Zeitung
& faz.net
Frankfurter Neue Presse Bad
Vilbel, Neu-Isenburg & Stadt
Frankfurter Neue Presse/
Frankfurter Neue Presse online
Frankfurter Rundschau
Frankfurter Stadtbote
Fränkische Landeszeitung
Fränkische Nachrichten
Fränkischer Anzeiger
Fränkischer Tag
Frau von Heute
Freiberger Zeitung
Freie Presse
Freie Presse Annaberg,
Auerbach, Flöha, Glauchau,
Hohenstein, Marienberg,
Mittweida, Oberes Vogtland,
Reichenbach, Rochlitz,
Schwarzenberg, Stollberg,
Werdau & Zschopau
freie.welt.de
Freies Wort & Freies Wort Suhl
Freilassinger Anzeiger
Freisinger SZ
Freisinger Tagblatt
Friedberger Allgemeine
Frieden und Ökologie e.V.
Fritzlar-Homberger Allgemeine
Fuldaer Zeitung
Für Sie 22/2012
Fürstenfeldbrücker SZ
Fürstenfeldbrücker Tagblatt
Fürther Nachrichten
Füssener Blatt
Gandersheimer Kreisblatt

Gardelegener Nachrichten
Garmisch-Partenkirchener
Tagblatt
Gäubote
Gebende Hände – Gesellschaft
zur Hilfe für notleidende
Menschen in aller Welt
Geinhäuser Neue Zeitung
Geisenfelder Zeitung
gemyakurdan.net
General-Anzeiger
General-Anzeiger Bonn
GENERATIONplus+ 17/2012
Geretsrieder Merkur
Germeringer Zeitung
Gersthofer Zeitung – Meitinger
Nachrichten Nord
Gescherer Zeitung
geschichte-erforschen.de
Geseker Zeitung
Gießener Allgemeine
Gießener Anzeiger
Gießener Zeitung
Gifhorner Rundschau
Glaube und Leben
gn-online.de/Grafschafter
Nachrichten
goest.de
goettingen.de
gofeminin.de
goloci.de
Gö-Polis November 2012
Gothaer Allgemeine
Gothaer Tagespost
Göttinger
Tageblatt/goettinger-
tageblatt.de
Grafschafter Nachrichten
Granssee-Zeitung
Gränzbote
greenpeace-magazin.de
Gregor International Calendar
Award (gregor-calendar-
award.com)
Greifswalder Zeitung
Grevener Anzeiger
Grevesmühlener Zeitung
Grimmener Zeitung
Gronauer Nachrichten
Gross-Zimmerner Lokal-
Anzeiger
Günzburger Zeitung
Guter Rat Nr. 1 2013
Haff-Zeitung
Haller Zeitung
Hamburger
Abendblatt/abendblatt.de
Hamburger Rundschau

Hammer Zeitung
Hanau-Post
Handelsblatt/handelsblatt.com
Hannoversche Allgemeine Zeitung
hannover-zeitung.net
Harburger Anzeigen und Nachrichten
Harburger Rundschau
Harke
Harz Kurier Herzberger Zeitung
Haßfurter Tagblatt
Heilbronner Stimme
Heiligenhauser Zeitung
Heinrichsblatt
helga-koenig-kalender.blogspot.de
Hellweger Anzeiger
Helmstedter Nachrichten
Hennigsdorfer Generalanzeiger
Herforder Kreisblatt
Hersbrucker Zeitung
Hersfelder Zeitung
Hessische Allgemeine Kassel & HNA Kassel online
Hessische Allgemeine Zeitung (HNA)
Heuberger Bote
heute.de
Hildener Zeitung
Hildesheimer Allgemeine Zeitung
Hilpoltsteiner Kurier
Hilpoltsteiner Zeitung
Hockenheimer Tageszeitung
Hoechster Kreisblatt/
Hoechster Kreisblatt online
Hofer Anzeiger
Hofgeismarer Allgemeine
Hohenloher Tagblatt
Holsteiner Zeitung
Holzkirchner Merkur
Holz-Zentralblatt
Hufftington Post
Hünfelder Zeitung
Ibbenbürener Volkszeitung
idea e.V. Evangelische Nachrichtenagentur
ideaSpektrum
iinews.de
Illertisser Zeitung
Ilmenauer Allgemeine
Inforadio Berlin-Brandenburg
internet-intelligenz.de
Ipf- und Jagst-Zeitung
Isar-Loisachbote
Isenhagener Kreisblatt
Iserlohner Kreisanzeiger

Islamische Zeitung/islamische-zeitung.de
jesus.de
Jeverland-Bote
Jeversches Wochenblatt
junge Welt
Jüterborger Echo
Kaltenkirchener Nachrichten
kamen-web.de
Kasseler Sonntagsblatt
kath.net
Katholische Sonntagszeitung für das Erzbistum Berlin
Katholische Sonntagszeitung für Deutschland
katholisches.info
kathweb.at
Kehler Zeitung
Kieler Nachrichten
Kieler Tagblatt Online
Kinzigtal-Nachrichten
kipa-apic.ch
Kirche + Leben
Kirchenbote Wochenzeitung für das Bistum Osnabrück
Kirchenzeitung Die Woche im Bistum Hildesheim
Kirchenzeitung für das Bistum Aachen
Kirchenzeitung für das Bistum Eichstätt
Kirchenzeitung für das Bistum Hildesheim
Klappe Auf
Klötzer Nachrichten
KNA Katholische Nachrichtenagentur
Kölner Stadtanzeiger/ksta.de
Kölnische Rundschau/
rundschau-online.de
Königsbrunner Zeitung
Kornwestheimer Zeitung
Kötztinger Umschau
Kreiszeitung
Wesermarsch/Kreiszeitung
Wesermarsch online
krone.at
Krumbacher Bote
ksta.de
kultura-extra.de
Kurier am Sonntag
Kyffhäuser Allgemeine
Kyritzer Tageblatt
La Quotidiana
Lahrer Anzeiger
Landeszeitung für die Lüneburger Heide
Landsberger Tagblatt

Langener Zeitung
Lauenburgische Landeszeitung
Lauenburgische Nachrichten
Lausitzer Rundschau (Ir-online.de)
Lauterbacher Anzeiger/lauterbacher-anzeiger.de
Laviva
Lebenshaus Schwäbische Alb – Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit
Leine-Nachrichten
Leine-Zeitung
Leipziger Rundschau
Leipziger Volkszeitung
Leipziger Volkszeitung
Stadtausgabe
Leonberger Kreiszeitung
Leverkusener Anzeiger
Lichtenfelser Tagblatt
Lilienthaler Kurier
limmattalerzeitung.ch
Lingener Tagespost
Lipscity Forum
(walkhoefer.jimdo.com)
LiteraKur Magazin für Literatur & Wellness/literatur.de
literaturschock.de
lohas-blog.de
Löhner Zeitung
Lohrer Echo
Lokalanzeiger Bad Camberg
Lübbecker Kreiszeitung
Lübecker General-Anzeiger
Lübecker Nachrichten Ausgabe Bad Schwartau
Luckenwalder Rundschau
Lüdenscheider Nachrichten
Lüdinghauser Zeitung
Ludwigsburger Kreiszeitung
Ludwigshafener Rundschau
Maghreb und Sahara Magazin
Main-Echo
Mainpost Zeitung Im Grabfeld
Main-Post/mainpost.de
Mainzer Anzeiger
Mainzer Rhein-Zeitung
Mangfall Bote
Mannheimer Morgen
Marbacher Zeitung
mare No. 95 2012/2013
Märkische Allgemeine
Märkische Oderzeitung online
Märkisches Echo
Marktrechwitz Tagblatt
Mathilde
MDR

Mecklenburger Nachrichten
Mecklenburgische &
Pommersche Kirchenzeitung
Meinerzhagener Zeitung
Meininger Tageblatt
Meller Kreisblatt
Melsunger Allgemeine
Memminger Zeitung
Mendener Zeitung
Meppener Tagespost
Metzinger-Uracher General-
Anzeiger
Miesbacher Merkur
MiKi – Magazin für die Arbeit
mit Kindern 4/2012
Mindelheimer Zeitung
Mittelbayerische Zeitung
Tagesanzeiger
Mittelbayerische
Zeitung/Mittelbayerische
Zeitung online
Mitteldeutsche Zeitung/ mz-
web.de
Mittelhaardter Rundschau
Mittelschwäbische
Nachrichten
Monsters of Göttingen
Mosbacher Nachrichten
msn nachrichten
Mühlacker Tagblatt
Mühldorfer Anzeiger
Muldentaler Kreiszeitung
Muldentaleitung
Münchberg-Helmbrechtser
Zeitung
Münchner Merkur
Münchner Neueste
Nachrichten
Mündener Allgemeine
Münsterischer Anzeiger
Münsterländische
Tageszeitung
Münsterländische Volkszeitung
Münstersche Zeitung Coerde,
Gievenbeck & Hiltrup
Müritz-Zeitung
Murnauer Tagblatt
Murrnhardter Zeitung
n24.de
nachrichten.ch
Nassauische Neue
Presse/Nassauische Neue
Presse online
Natur & Heilen
Naumburger Tageblatt
NDR
Neckar- und Enzbote
Neubrandenburger Zeitung

Neuburger Rundschau
neue bildpost
Neue Deister-Zeitung
neue Kirchenzeitung
Neue Oranienburger Zeitung
Neue Osnabrücker
Zeitung/noz.de
Neue Presse & Neue Presse
Coburg
Neue Rhein Zeitung
Neue Rheinische Zeitung
online
Neue Ruhr Zeitung/Neue Ruhr
Zeitung Online & Neue Ruhr
Zeitung Mühlheim
Neue Westfälische Bielefelder
Tageblatt
Neue Zürcher Zeitung
Neuer Emsbote
Neues Deutschland/ Neues
Deutschland Online
Neues Granseer Tageblatt
neuesausbraunschweig.de
Neu-Isenburger Neue Presse
Neumarkter Anzeiger
Neumarkter Nachrichten
Neumarkter Tagblatt
Neusässer Zeitung-Stadtberger
Zeitung West
Neuß-Grevenbroicher Zeitung
Neu-Ulmer Zeitung
news.ch
newsticker.sueddeutsche.de
ngo-online.de
Nordbadische Nachrichten
Nordbayerische Nachrichten &
Nordbayerische Nachrichten
Pegnitz
Nordbayerische Zeitung
Nordbayerischer Kurier
Norderneyer Badezeitung
Nordhannoversche Zeitung
Nordkurier Mecklenburger
Schweiz
nordkurier.de
Nord-Rundschau
nordschleswiger.dk
Nordsee-Zeitung
Nordwest Zeitung
Nordwest Zeitung für
Ganderkesee
Northeimer Neueste
Nachrichten
noz.de
n-tv.de
Nürnberger Nachrichten
Nürnberger Zeitung

Nürtinger Zeitung/Nürtinger
Zeitung Online
nzz.ch
Oberbarnim-Echo
Oberbayerisches Volksblatt
Oberbergische Volks-Zeitung
Oberbergischer Anzeiger
Oberhessische Presse
oberpfalznetz.de
Odenwälder Zeitung
Oderland Echo
Oder-Spree Journal
oe1.ORF.at Journale
oekosmos.de
Offenbach-Post
Offenburger Tageblatt
Offener Kanal Lübeck
Oldenburger Kreiszeitung
Oldenburger Nachrichten
Oldenburgische Volkszeitung
openpr.de
Oranienburger
Generalanzeiger
ORF.at
Orient TV
Oschatzer Allgemeine Zeitung
Osterburger Nachrichten
Osterholzer Kreisblatt
Osterländer Volkszeitung
Österreichischer Rundfunk
(ORF)
Ostfalen-Spiegel
Ostfriesen Zeitung
Ostfriesische Nachrichten
Ostfriesischer Kurier
Ostholsteiner Nachrichten
Nord & Süd
Ostholsteiner Zeitung
OTZ Ostthüringer Zeitung
otz.de
Paderborn Westfalen-Blatt
Pasewalker Zeitung
Paulinus
Pegnitz-Zeitung
Peiner Allgemeine Zeitung
Peiner Nachrichten
Penzberger Merkur
persoenlich.com
Pfaffenhofener Kurier
Pfälzer Tageblatt
Pfälzische Volkszeitung
Pforzheimer Kurier
Pforzheimer Zeitung
phayul.com
Pinneberger Tageblatt
Pirmasenser Rundschau
Pirmasenser Zeitung
Plauener Zeitung

politikexpress.de
Potsdamer Neueste
Nachrichten/Potsdamer
Neueste Nachrichten online
Potsdamer Tageszeitung
Prignitz-Kurier
pro-medienmagazin.de
Publik-Forum
Pyrmonter Nachrichten
queer.de
Quickborner Tageblatt
Quilombo „Eine Welt“
Radio Corax (Halle)
Radio Free Asia/Washington
D.C.
Radio Lora
Radio Lotte (Weimar)
Radio Rabe (Bern)
Radio Vatikan/
radiovaticana.va
Radio Z
Rahdener Zeitung
Randolfzeller Zeitung
Rastatter Tageblatt
raum & zeit
Reformhaus Kurier November
2012
Regionale Rundschau
Rehauer Tagblatt
Reichenhaller Tagblatt
Rems-Zeitung
Reuters
Reutlinger General-
Anzeiger/rga-online.de
Rheda-Wiedenbrücker Zeitung
Rheiderland Zeitung
Unabhängige Heimatzeitung
Rhein-Ahr-Zeitung
Rhein-Erft-Rundschau
Rheinische Post/Rheinische
Post online
Rhein-Neckar Zeitung
Rhein-Sieg Rundschau
Rhein-Sieg-Anzeiger
Rhein-Sieg-Zeitung
Rhein-Zeitung Öffentlicher
Anzeiger
rhein-zeitung.de
Rhön- und Saalepost
Rhön- und Streubote
Ribnitz-Damgartener Zeitung
Rieser Nachrichten
Rostocker Zeitung
Rotenburg Bebraer Allgemeine
Rotenburger Kreiszeitung
Rothenburger Tageblatt
Roth-Hilpoltsteiner
Volkszeitung

RP Online/rp-online.de
rtl.de
Rügen-Bergener Zeitung
Ruhr Wort
Ruhr-Anzeiger
ruhrnachrichten.de
Ruppiner Anzeiger
Ruppiner Tageblatt
Saale-Zeitung
Saarbrücker
Zeitung/Saarbrücker Zeitung
online
Sächsische Zeitung
Salzgitter-Zeitung
Salzwedeler Nachrichten
Samstag Aktuell Lübeck Nord-
Ost
Sarstedter Anzeiger
scharf-links.de
schattenblick.de
Schaufenster Blickpunkt Bonn
Schaumburger Nachrichten
Schaumburger Zeitung
Schaumburg-Lippische Landes-
Zeitung
Schenefelder Tageblatt
Schlänger Zeitung
Schlitzer Bote
Schongauer Nachrichten
Schorndorfer Nachrichten
Schrobenhausener Zeitung
Schwabacher Tagblatt
Schwäbische Zeitung &
Schwäbische Zeitung
Ravensburg
Schwabmünchner Allgemeine
Schwälmer Allgemeine
schwarzwaelder-bote.de
Schweinfurter Tagblatt
Schweizer Fernsehen
Schweizer Öffentlich-
Rechtliches Radio
Schwerfurter Tagblatt
Schwetzinger Nachrichten
Schwetzinger Zeitung
Sechsamter Neueste
Nachrichten
Sechsamterbote
Seesener Tageszeitung
Segeberger Nachrichten
Segeberger Zeitung
Selber Tagblatt
Siegener Zeitung
Sindelfinger Zeitung
Singener Zeitung
Sinsheimer Nachrichten
Soester Anzeiger
Solinger Morgenpost

Sollinger Allgemeine
Sömmerdaer Allgemeine
Sondershäuser Allgemeine
sonnenseite.com
Spendenmagazin
Spenger Nachrichten
Speyerer Rundschau
Spiegel/Spiegel Online
Spree-Journal
Sprenger Nachrichten
St. Galler Tagblatt Online
Stader Tageblatt
stadtradio-goettingen.de
Stamberger SZ
Starnberger Merkur
Steinfurter Kreisblatt
Stemweder Zeitung
Stendaler Nachrichten
Stern online
Stimme Russlands
Stormarner Nachrichten
Stralsunder Zeitung
Strelitzer Zeitung
Stuttgarter Nachrichten/
stuttgarter-nachrichten.de
Stuttgarter Zeitung/
stuttgarter-zeitung.de
Süddeutsche Zeitung München
Süddeutsche
Zeitung/sueddeutsche.de
Süderländer Tageblatt
Süderländer Volksfreund
Südhessen Morgen
Südkurier
Südkurier Bodenseekreis
Friedrichshafen und
Überlingen, Bodenseekreis
Markdorf, Furtwangen,
Konstanz, Landkreis Waldshut,
Meßkirch Pfullendorf,
Rheinfelden, St. Georgen-
Triberg, Stockach, Waldshut-
Tiengen
Südthüringer Zeitung &
Südthüringer Zeitung Bad
Salzungen
Südwest Presse Schwäbisches
Tagblatt
Südzeit
Sulinger Kreiszeitung
Syker Kurier
Syker Zeitung
Tag des Herrn
Tageblatt für den Kreis
Steinfurt
tagesanzeiger.ch
Tagespost
tagesspiegel.de

tageswoche.ch
Tageszeitung für Rhön und Saale
Täglicher Anzeiger
Taunus Zeitung/Taunus Zeitung online
taz Die Tageszeitung/taz.de
Tecklenburger Kreisblatt
Tecklenburger Landbote
Tegernseer Zeitung
Templiner Zeitung
Thedinghäuser Zeitung
Thüringer Allgemeine Weimar Thüringer Allgemeine/thueringer-allgemeine.de
Thüringer Landeszeitung online
Thüringische Landeszeitung & Thüringische Landeszeitung Weimar
Tölzer Kurier
t-online.de
Torgauer Zeitung
Traunsteiner Tagblatt
Treptower Tageblatt
Treuchtlinger Kurier
tt.com
Uckermark Anzeiger
Uckermark Kurier
Uetersener Nachrichten
unser-planet-erde.de
Unterhaardter Rundschau
Untertürkheimer Zeitung
Usedom Kurier/Insel-Zeitung
Usedom-Peene-Zeitung
Usinger Neue Presse
utopia
Vaihinger Kreiszeitung
vaterland.li
Vatican Radio
Velberter Zeitung
Verdener Aller-Zeitung
Verdener Nachrichten
Vereinsblatt im Kreis Rotenburg
Verler Zeitung
Versmolder Anzeiger
Villinger Nachrichten
Vlothoer Zeitung
Vlothoer Tageblatt
Vogtland-Anzeiger
Voice of America
Volksblatt
Volksblatt Delbr./Hövelh. & Volkszeitung Schweinfurt
Volksblatt Paderborn
Volkszeitung

Volksblatt Büren/Salzkottern
Vorpommern Kurier
Waiblinger Kreiszeitung
Waldeckische Allgemeine
Waldeckische Landeszeitung
Waldkraiburger Nachrichten
Walsroder Zeitung
Warburger Kreisblatt
Warendorfer Tageblatt
Warsteiner Anzeiger
Wasserburger Zeitung
WAZ Westdeutsche Allgemeine Zeitung
WB Oerlinghausen-Leppoldshausen
WDR 5
Wedel-Schulauer Tageblatt
Weinheimer Nachrichten
Weißenburger Tagblatt
Wellheimer Tagblatt
Welt online (welt.de)
Weltexpress
International/weltexpress.info
welt-sichten
Werler Anzeiger
Werra-Rundschau
Wertheimer Zeitung
Wertinger Zeitung
Weser Kurier/weser-kurier.de
Wesermarsch-Zeitung
Westdeutsche Allgemeine Zeitung & Westdeutsche Allgemeine Mülheim
Westfalen-Blatt & Westfalen-Blatt Höxter
Westfalenpost
Westfälische Nachrichten
Westfälische Rundschau
Westfälischer Anzeiger
Westfälisches Volksblatt
Westhavelländer
Westricher Rundschau
Wetterauer Zeitung
wienerzeitung.at
Wieslocher Nachrichten
Wildeshauser Zeitung
Wilhelmshavener Presse
Wilhelmshavener Zeitung
Windsheimer Zeitung
Winnender Zeitung
Winsener Anzeiger
WIR Online/www.wirtschaft-regional.net
Wismarer Zeitung
Wittlager Kreisblatt
Witzenhäuser Allgemeine
WO am Sonntag Rastatt
Murgtal

WochenZeitung aktuell
Nördlingen
Wolfenbütteler Zeitung
Wolfhager Allgemeine
Wolfratshauer SZ
Wolfsburger Allgemeine
Wolfsburger Nachrichten
Working @ office
Wörnitzbote
Wörther Anzeiger
Wümme-Zeitung
Würzburger katholisches Sonntagsblatt
ZDF
ZDF heutejournal
Zeit Online
zeitfokus.de
Zeitung für Ganderkesee
Zeitung für Hagen
Zeitung für Steinhagen
zentralplus.ch
Zevener Zeitung/zevener-zeitung.de
Zossener Rundschau
Zweibrücker Rundschau
Zwickauer Zeitung

GfbV-Zeitschrift: bedrohte Völker – pogrom

Minderheiten im Fokus

Leider ist es uns noch nicht ganz gelungen, den Rückstand in der Reihe unserer Zeitschrift aufzuholen. Deshalb wurden die ersten drei Hefte 2013 noch zum Abonnement 2012 gezählt. Wir entschuldigen uns herzlich dafür!

In Heft Nr. 272 steht der Arabische Frühling, der 2011 in Syrien so hoffnungsvoll begann, im Mittelpunkt. Es entwickelte sich ein verheerender Bürgerkrieg, der bis heute andauert: Assads Truppen schossen auf die Zivilbevölkerung, die Opposition war gespalten und Islamisten nutzten den Konflikt für sich und gewannen Einfluss. Die Verschärfung des Konflikts war der Anlass, uns den Minderheiten im Vielvölkerstaat zu widmen.

Der Landraub, der gerade in den vergangenen Jahren aufgrund von Rohstoffknappheit und Gewinnmaximierung zu einem weltweiten „Phänomen“ geworden ist, bildete das Schwerpunktthema in Heft Nr. 273. Während viele Menschen davon profitieren, haben zahllose andere – wie tibetische Nomaden, Ashaninka in Peru oder die Aborigines in Australien – mit schwerwiegenden Folgen wie dem Verlust ihrer Existenzgrundlage, Vertreibung oder der Zerstörung der Umwelt zu kämpfen.

Weltweit werden nach wie vor schwarze Menschen wegen ihrer Hautfarbe diskriminiert: die vergessene schwarze Minderheit im Irak oder Nachfahren entfloherer und frei gelassener Sklaven in Südamerika. Sie haben in den vergangenen Jahrzehnten viel erreicht, Bürgerrechte erstritten, sich gegen Diffamierungen zur Wehr gesetzt. Doch ist es nicht alles Gold, was glänzt: Noch haben schwarze Menschen Feindseligkeit, Rassismus und Unterdrückung nicht überwunden.

Dem Kampf ums Wasser widmeten wir uns in Heft Nr. 275. Weltweit ringen die Regierungen verschiedener Staaten darum, genügend Wasser für ihre Bevölkerung zu bekommen. Ohne Rücksicht auf Verluste im eigenen Land oder in den Nachbarstaaten werden beispielsweise Staudämme errichtet. Die Folge können Konflikte und Kriegsdrohungen sein.

Das letzte 2013 veröffentlichte Heft beleuchtet die traditionelle Lebensweise der Nomaden. Seit Jahrtausenden wandern Menschen mit ihren Tieren und Besitztümern zu neuen Orten auf der Suche nach Wasser und Nahrung. Doch diese Lebensweise ist bedroht. Immer mehr Nomaden werden – zumeist unter Zwang – sesshaft, weil Weideflächen zunehmend knapper werden. Staaten und Konzerne gieren nach Land, um es gewinnorientierter zu nutzen – zum Abbau von Bodenschätzen oder zur landwirtschaftlichen Nutzung.

4/2012 (Nr. 272)

Blutvergießen in Syrien

Haben Minderheiten eine Zukunft im Vielvölkerstaat?

5/2012 (Nr. 273)

Gier nach Land gefährdet Menschen rund um den Globus

Kostbare Erde

6/2012 (Nr. 274)

Viel ist erreicht – Dennoch: Schwarze kämpfen weiter gegen Diskriminierung

Wir sind schwarz, na und?!

1/2013 (Nr. 275)

Der Kampf um das blaue Gold hat längst begonnen
Ohne Wasser kein Leben

2/2013 (Nr. 276)

Nomaden auf dem Weg ins 21. Jahrhundert
Mobile Völker

DIE GFBV IN BERLIN

Das Berliner Büro der GfbV arbeitet eng mit dem Bundesbüro in Göttingen und der Regionalgruppe Berlin zusammen. Wir organisierten eine **Vielzahl an Menschenrechtsaktionen** mit, zum Beispiel zum Schutz des ecuadorianischen Nationalparks Yasuní und der dort lebenden Indianer vor zerstörerischer Erdölförderung, zur Unterstützung der Protestbewegung gegen den Belo-Monte-Staudamm im brasilianischen Amazonasbecken, für die Durchsetzung der Bitte tscherkessischer Flüchtlinge aus Syrien um Aufnahme in der Heimat ihrer Vorfahren im Kaukasus und zur Unterstützung der russischen Opposition in Berlin. Das Büro war gemeinsam mit der Berliner Regionalgruppe und Praktikantinnen und Praktikanten aus Göttingen vier Tage auf dem Karneval der Kulturen präsent. Dann betreute die Büroleiterin Sarah Reinke zusammen mit einer ihrer Praktikantinnen einen Stand beim Tag der Offenen Tür der Ministerien, wo sie unseren Report zu Fragen des Landraubs präsentierten. Sie unterstützte eine Aktion der Tibeter genauso wie Aktionen für den Erhalt eines heiligen Ortes der Aboriginal Völker in Australien. Regelmäßig nimmt Sarah Reinke an Veranstaltungen in Berlin teil, die GfbV-Themen berühren, und bemüht sich dabei, unsere Standpunkte einzubringen, so zum Beispiel bei Veranstaltungen der politischen Stiftungen bzw. der Akademien und Parteien.

Im Rahmen des Filmfestivals „Down Under Berlin“ 2013 hielt unsere Büroleiterin einen Vortrag über die Menschenrechtslage der Aboriginal People, der Ureinwohner Australiens, und konnte dort Kontakte zu anderen Aktiven und Interessierten knüpfen. Mehrere Besuche in Schulen machten auf die Arbeit der GfbV aufmerksam und luden zu ehrenamtlichem Engagement ein.

Das **Büro war Anlaufstelle für Flüchtlinge**, aber auch für interessierte Hospitanten aus dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für Entwicklung, die sich hier über die Arbeit der GfbV informierten.

Seit Oktober 2013 betreut das Berliner Büro der GfbV die **russische Menschenrechtlerin, Frau Liubov Romanova**. Sie ist Stipendiatin der Alexander von Humboldt Stiftung und interessiert sich besonders für die Situation der autochthonen Minderheiten in Deutschland. Wir haben ihr mehrere Gespräche und Kontakte, sowie die Teilnahme an Konferenzen und Weiterbildungsangeboten vermittelt und ihr Projekt zur Übertragbarkeit der deutschen Regelungen auf die Situation in ihrer Heimatrepublik Mari El betreut.

GESCHÄFTSFÜHRUNG UND FINANZEN

So funktioniert die GfbV

Als internationale Menschenrechtsorganisation setzt sich die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) für verfolgte und bedrohte ethnische und religiöse Minderheiten, Nationalitäten und Ureinwohnergemeinschaften ein. Wir ergreifen Partei für die Opfer von Verbrechen gegen die Menschlichkeit, nennen die Täter und ihre Helfershelfer schonungslos beim Namen. Auch wenn aus Opfern später Täter werden, schweigen wir nicht. Denn wir stehen zu unserer Leitlinie "Auf keinem Auge blind". Mit Presseerklärungen und in Interviews in Presse, Funk und Fernsehen, mit unserer Zeitschrift pogrom-bedrohte Völker, über das Internet, mit Ausstellungen, Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen informieren wir die Öffentlichkeit über die Verfolgung, Unterdrückung, Vertreibung oder drohende Vernichtung von Minderheiten. Wir üben so Druck auf politisch Verantwortliche aus. Wir publizieren Menschenrechtsreporte, Dokumentationen und Memoranden, erstellen Gutachten, vermitteln Experten, gewinnen Fürsprecher und erbitten Hilfe für Notleidende und Verfolgte. Wir verschaffen den Betroffenen selbst Gehör vor nationalen, europäischen und internationalen Gremien, leisten politische Lobbyarbeit. So gelingt es uns immer wieder zu verhindern, dass Kriegsverbrechen verschwiegen und Menschenrechtsverletzungen verharmlost werden.

Menschenrechts- und Umweltschutzorganisationen haben es schwerer als Hilfswerke, ihre Arbeit zu vermitteln und finanzielle Unterstützung zu mobilisieren. Die Rechte bedrohter ethnischer und religiöser Minderheiten und indigener Völker durchzusetzen, dazu beizutragen, Völkermord oder Vertreibung zu verhindern oder zu beenden, erfordert zähes Ringen mit Parteien, Regierungen, internationalen Institutionen, aber auch Wirtschaftskonzernen. Einsatz für Minderheiten heißt auch, sich für den Schutz ihrer Flüchtlinge einzusetzen, ihre Auslieferung oder Abschiebung zu verhindern und politische Gefangene frei zu bekommen.

Anders als bei Hilfswerken verursacht Menschenrechtsarbeit vor allen Dingen Personalkosten: Dazu gehören unsere Referentinnen und Referenten für Asien, Afrika, Südosteuropa, die GUS-Staaten, den Nahen Osten, für Flüchtlinge und indigene Völker sowie für Pressearbeit und Aktionen, die Redakteurin unserer Zeitschrift bedrohte Völker-pogrom, unsere für Homepage und soziale Medien zuständige Mitarbeiterin sowie unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung, im Archiv und Versand. Dazu kommt unsere Mitarbeiterin in unserem Berliner Büro. Die deutsche GfbV-Sektion 2013 beschäftigte im Jahresdurchschnitt 23 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Voll- oder Teilzeit.

Unsere Referenten recherchieren permanent die Lage bedrohter Minderheiten, halten Kontakt zu deren Sprechern, knüpfen Netzwerke, damit Nachrichten über Bedrohungs- oder Verfolgungssituationen nicht unterdrückt werden können. Sie veröffentlichen diese Informationen in Pressemitteilungen, Menschenrechtsreporten und Memoranden, Stellungnahmen für Gremien der Vereinten Nationen, aber auch für Ausschüsse und Arbeitsgruppen unserer Parlamente, Gutachten für Gerichte und Rechtsanwälte. Wir alarmieren die Öffentlichkeit, wenden uns mit Briefen, Faxen, in E-Mails und Telefongesprächen an Politiker, Kirchenvertreter, Gewerkschaften, um sie zum Handeln für bedrohte Volksgruppen zu bewegen. Von Fall zu Fall finden auch persönliche Begegnungen statt.

Unsere Referenten müssen flexibel sein. Häufig reisen sie mit dem Zug zu Gesprächen mit politischen Ausschüssen und Parlamentariern des Bundestages, aber auch einzelner Landtage, mit Kirchenvertretern, zu Kongressen, Vorträgen oder Podiumsdiskussionen in viele Städte Deutschlands oder die angrenzenden Nachbarländer. Oft begleiten wir auch Sprecher bedrohter Völker zu zuvor von uns organisierten Terminen bei Politikern, Kirchen, Gewerkschaften oder Stiftungen. Oder wir vertreten ihre Anliegen dank unseres beratenden UN-Status bei den Vereinten Nationen in Genf oder sind vor Ort in Straßburg und nutzen dort unseren „mitwirkenden“ Status beim Europarat. Wenn wir

eine Menschenrechtsaktion mit mehreren Mitarbeitern und meist auch ehrenamtlichen Praktikanten durchführen oder über unsere Themen mit einem Stand auf einer Messe oder während eines Konzertes informieren wollen, sind wir meist – mit unseren jeweils vielen Praktikanten und Angehörigen unserer Regionalgruppen – unterwegs.

Uns entstehen Druck- und Vertriebskosten für unsere Informationsblätter, die wir mehrmals im Jahr zehntausendfach verbreiten, aber auch für Menschenrechtsreporte, Dokumentationen oder Memoranden, Postkartenaktionen und Rundbriefe. Unter Werbe-, Öffentlichkeits- und Pressearbeit fallen nicht nur die Herstellung von Veranstaltungsplakaten, Handzetteln oder Transparenten. Darin sind auch die Aufwendungen für unsere kreativen, oft Aufsehen erregenden Menschenrechtsaktionen gefasst, ohne die sich Medien und Öffentlichkeit wohl längst nicht so oft für unsere Themen interessiert hätten. Auch die Verbreitung unserer Pressemitteilungen, von denen in jeder Woche mehrere erscheinen, jeweils an hunderte von Redaktionen im In- und Ausland, an Politiker und oft auch an Verbände von Opfergruppen per Fax und per E-Mail verursacht Kosten.

Die GfbV finanziert ihre Menschenrechtsarbeit in erster Linie durch Spenden und regelmäßige Beiträge ihrer Mitglieder und Förderer. Sie gewährleisten so unsere parteipolitische und ideologische Unabhängigkeit.

Vergütungsstruktur

Vorstand, Rechnungsprüfer, Schiedskommission, Finanzbeirat und Beirat sind ehrenamtlich tätig. Es werden lediglich nachgewiesene Kosten wie beispielsweise Fahrtkosten ersetzt. Darüber hinaus kann Vorstandsmitgliedern eine Vergütung im Rahmen der Freibeträge nach § 3 Nr. 26a EStG gezahlt werden. Im Jahr 2013 wurden an drei Vorstandsmitglieder Aufwandsentschädigungen i.H.v. insgesamt 2.160 EUR gezahlt.

Die GfbV hat eine Betriebsvereinbarung, die fünf verschiedene Gehaltsstufen vorsieht - Angestellte im Vertrieb, Verwaltung, Aktionsreferat, Buchhaltung und Referenten, Angestellte mit besonderer Verantwortung. Innerhalb der Gehaltsstufen gibt es jeweils drei Aufstiegsstufen, die sich an der Dauer der ausgeübten Tätigkeit orientieren. Sie werden nach dem ersten, dritten und fünften Jahr der Anstellung bei der GfbV erreicht.

Die Summe der drei höchsten Gesamtbezüge im Geschäftsjahr 2013 betrug 135.197,30 Euro bei mind. vollzeitiger Beschäftigung. Von einer Nennung der diesen Jahresvergütung zugeordneten Funktionen haben wir Abstand genommen, da aufgrund der Größe unserer Organisation Rückschlüsse auf die Personen, welche die Funktionen innehaben, möglich wären. Die entsprechenden Funktionsinhaber haben zudem einer namentlichen Nennung widersprochen, da bei Nennung der Funktion gleichwohl eine mittelbare Identifikation möglich wäre.

Die gesetzlich festgelegten Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung sind in dem obigen Betrag nicht enthalten.

Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung wählt alle zwei Jahre den Vorstand. Außerdem wählt die Mitgliederversammlung die Rechnungsprüfer, die alljährlich im Auftrag des Vereins die Verwendung der Spendengelder sowie die Arbeit der Bundesgeschäftsstelle prüfen. Jedes Mitglied, welches seinen Beitrag vollständig entrichtet hat, hat eine Stimme.

Vorstand

Der ehrenamtliche Vorstand führt die Geschäfte des Vereins. Er leitet die Bundesgeschäftsstelle in Göttingen und das Berliner Büro. Der Vorstand ist für die Ausgestaltung der politischen Arbeit zuständig.

Beirat

Der Beirat besteht aus mind. fünf Mitgliedern. Er hat gegenüber der Mitgliederversammlung und dem Vorstand beratende und unterstützende Funktion. In den Beirat werden Personen berufen, die durch ihr öffentliches Wirken in besonderem Maße die Ziele des Vereins unterstützen. Über die Aufnahme in den Beirat entscheidet der Vorstand. Der Vorstand hat bei der Erarbeitung des Jahresprogramms sowie für wichtige politische Entscheidungen die besonderen Fachkenntnisse und Kontakte der Mitglieder des Beirats zu nutzen.

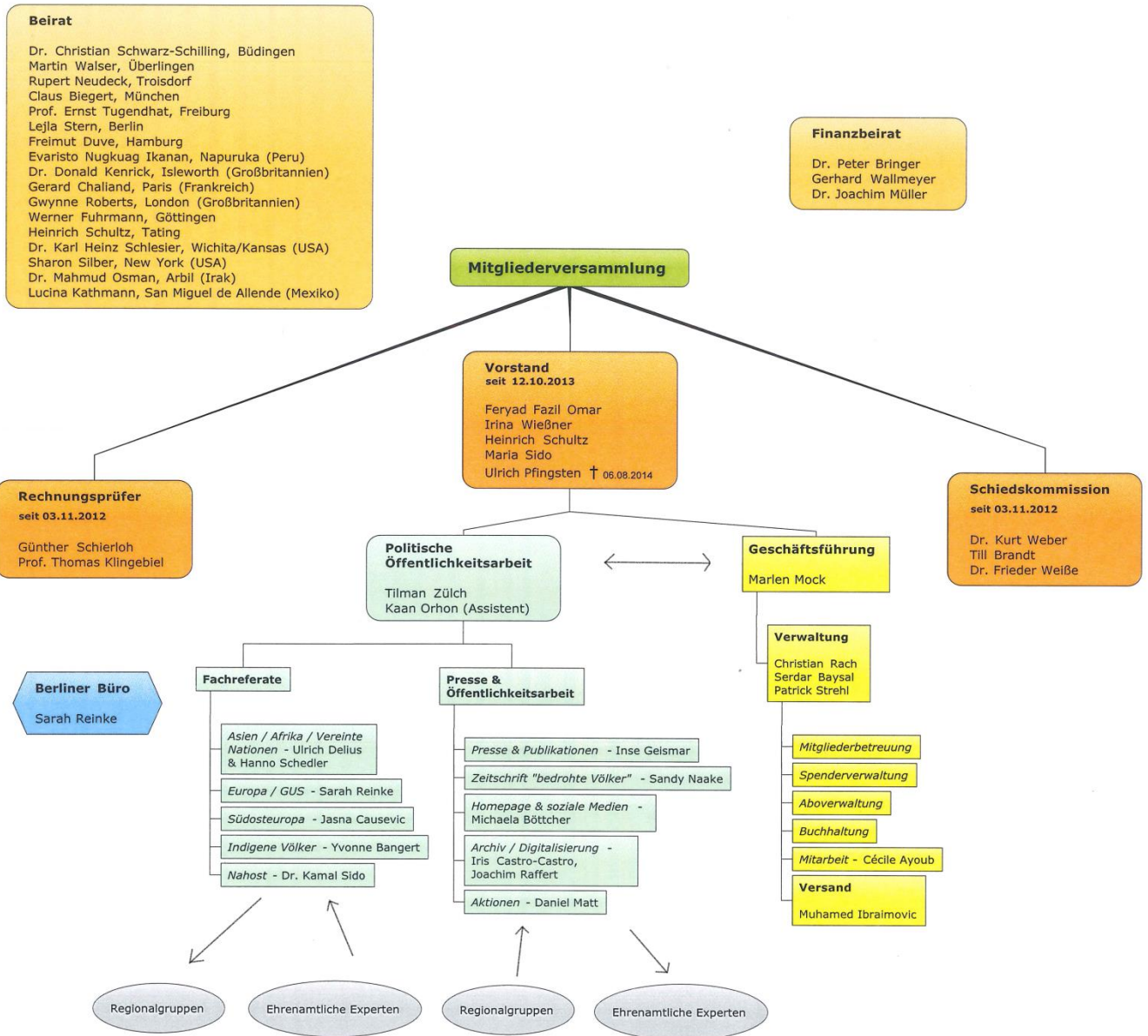
Experten

Mindestens 40 Expertinnen und Experten arbeiteten 2013 weltweit ehrenamtlich mit der GfbV zusammen. Die Experten beraten die GfbV-Referenten, knüpfen Kontakte zu Betroffenen und stellen ihr spezifisches, tief gehendes Wissen über einzelne Länder und Regionen sowie ethnische und religiöse Minderheiten kostenlos zu Verfügung.

Regionalgruppen

Ohne das ehrenamtliche Engagement vieler Menschen könnte die Arbeit der GfbV nicht funktionieren. Unsere Regionalgruppen sind für uns durch nichts zu ersetzen und ein wichtiger Teil unserer Menschenrechtsorganisation. In 15 Orten Deutschlands engagieren sich ehrenamtliche Regionalgruppen der GfbV. Die Regionalgruppen sind wesentliche Trägerinnen der Arbeit der GfbV. Sie werden vom Vorstand und Bundesbüro gefördert und organisieren Informationsveranstaltungen und Mahnwachen. Sie führen kreative Aktivitäten zur Mobilisierung von Spenden für Projekte und Kampagnen durch. Ihre Stellung und Tätigkeit sind im Regionalgruppenstatut geregelt, welches für die Gruppen verbindlich ist. Alljährlich sind alle Mitstreiter der Regionalgruppen zum Regionalgruppentreffen eingeladen.

Organigramm der GfbV-Deutschland



Der Sitz der Bundesgeschäftsstelle der Gesellschaft für bedrohte Völker Deutschland ist Göttingen.

Finanzen

Transparenz und Kontrolle

Die weiter unten dargestellte Übersicht über die Finanzen für das Geschäftsjahr 2013 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und unter Berücksichtigung der Leitlinien des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI) aufgestellt. Die Rechnungslegung erfolgte auf der Basis einer ordnungsgemäßen Buchführung und kaufmännischer Prinzipien. Die Zahlen des Vorjahres sind so geordnet, dass ein unmittelbarer Vergleich mit den Zahlen 2012 möglich ist.

Wirtschaftsprüfung

Der Jahresabschluss für die GfBV wird regelmäßig durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft. Die Prüfung für das Geschäftsjahr 2013 erfolgte ohne Unterbrechung in der Zeit von August

bis September 2014 durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Beckmann & Partner (Göttingen), und es wurde mit Datum vom 11.09.2014 ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Die Gesellschaft für bedrohte Völker unterzieht sich jährlich der freiwilligen Bewertung durch das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) mit Sitz in Berlin.

Rechnungsprüfer

Einmal jährlich findet in unserer Bundesgeschäftsstelle in Göttingen eine Kassenprüfung statt. Die beiden Kassenprüfer werden von der Mitgliederversammlung gewählt und arbeiten ehrenamtlich. Für 2013 fand die Prüfung im September 2014 statt.

DZI

Das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) vergibt einmal jährlich das Spendensiegel an die Gesellschaft für bedrohte Völker und bescheinigt damit eine wirtschaftliche und satzungsgemäße Verwendung der Spenden. Das Spendensiegel ist Zeichen sorgfältig geprüfter Seriosität und Spendenwürdigkeit und wird der Gesellschaft für bedrohte Völker e.V. regelmäßig seit 2007 jährlich zuerkannt.

Controlling

Für jedes Geschäftsjahr wird ein Haushaltsplan erstellt, der vom Vorstand genehmigt wird. Die Einhaltung dieses Plans wird durch ständigen Soll/Ist-Vergleich nachgehalten. Statistiken werden tagesaktuell gepflegt. Der Vorstand erhält zweiwöchentlich Finanzberichte.

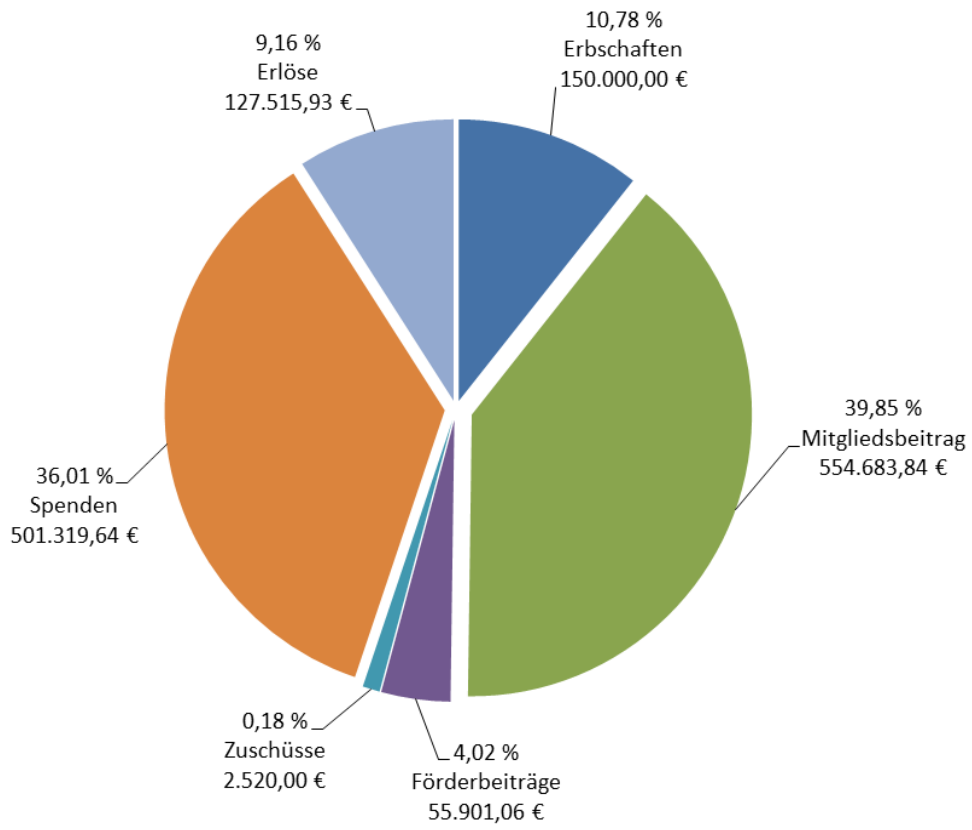
Einnahmen

Wer der GfbV spendet, hilft unsere Arbeit für ethnisch und religiös verfolgte Minderheiten zu unterstützen. Dazu gibt es vielfältige Möglichkeiten: Treue Dauerspender, Mitglieder und Förderer unterstützen uns regelmäßig, einige Menschen berücksichtigen die GfbV in ihrem Testament, um sich über den Tod hinaus für eine friedliche Zukunft zu engagieren. Einige wenige Richter und Staatsanwälte weisen uns Bußgelder zu.

Im Geschäftsjahr 2013 lagen die Gesamteinnahmen 172.359,02 Euro über denen des Vorjahres. Den größten Anteil der Einnahmen stellen mit 39,85 Prozent die Mitgliedsbeiträge dar. Leider hatten wir im Geschäftsjahr 2013 einen Mitgliederrückgang von 2,13 Prozent zu verzeichnen. Am 31.12.2013 hatte die GfbV-Deutschland 5.523 Mitglieder und 669 Förderer. Unsere Zeitschrift *bedrohte Völker – pogrom* wurde von 3.315 Leserinnen und Lesern abonniert. Neben den Mitgliedsbeiträgen sind die Spendeneinnahmen eine wichtige finanzielle Säule.

	2013 €	%	2012 €	%
Erbschaften	150.000,00	10,78	8.540,00	0,70
Bußgelder	0,00	0,00	400,00	0,03
Mitgliedsbeiträge	554.683,84	39,85	573.290,10	47,01
Förderbeiträge	55.901,06	4,02	55.976,82	4,59
Zuschüsse	2.520,00	0,18	880,00	0,07
Spenden	501.319,64	36,01	460.006,17	37,72
Erlöse	127.515,93	9,16	120.488,36	9,88
Gesamt	1.391.940,47	100,00	1.219.581,45	100,00

Einnahmen 2013



**Ertrag und Aufwand für die Zeit
vom 01. Januar bis 31. Dezember 2013**

	2013 €	2012 €
Ertrag aus dem Spendenverbrauch	388.311,47*	495.058,77
Ertrag aus weiterzuleitenden Spenden	0,00	0,00
Ertrag aus Zuschüssen	2.520,00	880,00
Ertrag aus Mitglieds- und Förderbeiträgen	610.584,90	629.266,92
Ertrag aus Bußgeldern	0,00	400,00
Ertrag aus Erbschaften	<u>150.000,00</u>	<u>8.540,00</u>
	1.151.416,37	1.134.145,69
Umsatzerlöse	127.515,93	120.488,36
Sonstige betriebliche Erträge	<u>4.655,81</u>	<u>0,00</u>
	1.283.588,11	1.254.634,05
Aufwand aus Spendenweiterleitung	0,00	0,00
Materialaufwand		
Aufwand für bezogene Ware	<u>-67.579,09</u>	<u>-92.791,02</u>
	1.216.009,02	1.161.843,03
Personalkosten		
Löhne und Gehälter	-528.599,67	-513.562,75
Soziale Abgaben	-134.237,40	-125.279,81
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	-25.425,02	-24.185,75
Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>-466.144,79</u>	<u>-470.600,22</u>
	61.602,14	28.214,50
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.241,75	1.540,26
Abschreibungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	-112,14
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>-1.665,30</u>	<u>-517,16</u>
Jahresüberschuss vor Veränderung noch nicht satzungsgemäß verwendeter Spenden	61.178,59	29.125,46
Verbrauch von längerfristig gebundenen Spenden	13.611,00	10.022,00
Einstellung in noch nicht satzungsgemäß verwendete Spenden	<u>-74.789,59</u>	<u>-39.147,46</u>
Jahresüberschuss	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>

*Der Spendeneingang 2013 über 501.319,64 Euro ist höher als die satzungsgemäßen Aufwendungen. Dadurch ergibt sich ein Überhang von 113.008,17 Euro.

Bilanz

Die Bilanzsumme ist mit 899.344,40 Euro erneut höher als im Vorjahr, in dem sie bei 722.405,23 Euro lag. Im Geschäftsjahr 2013 wurden Anschaffungen in Höhe von 11.814,02 Euro getätigt. Die Abschreibungen des Geschäftsjahres belaufen sich auf 25.425,02 Euro. Die flüssigen Mittel (Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten) haben sich um 189.729,59 Euro erhöht. Die Rückstellungen sind in gleicher Höhe wie im Vorjahr. Die Verbindlichkeiten sind um 3.452,41 Euro angestiegen. Auf der Passivseite sind Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten i.H.v. 14.400,23 Euro ausgewiesen. Die Betriebsmittelrücklage deckt die laufenden wiederkehrenden Kosten für das erste Halbjahr ab.

Bilanz zum 31. Dezember 2013

Aktiva	2013 €	%	2012 €	%
Anlagevermögen	75.769,00	8,42	89.380,00	12,38
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.205,00	0,13	2.292,00	0,32
Sachanlagen	74.564,00	8,29	87.088,00	12,06
Umlaufvermögen	822.375,40	91,45	631.839,23	87,46
Sonstige Vermögensgegenstände	2.127,52	0,24	1.320,94	0,18
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	820.247,88	91,21	630.518,29	87,28
Rechnungsabgrenzungsposten	1.200,00	0,13	1.186,00	0,16
Summe Aktiva	899.344,40	100,00	722.405,23	100,00
Passiva				
Noch nicht verbrauchte Spendenmittel	758.683,86	84,36	584.497,10	80,91
Noch nicht satzungsgemäß verwendete Spenden davon Betriebsmittelrücklage € 432.000,00 (Vorjahr € 428.000,00)	682.914,86	75,93	495.117,10	68,54
Längerfristig gebundene Spenden	75.769,00	8,43	89.380,00	12,37
Sonstige Rückstellungen	93.600,00	10,41	94.300,00	13,05
Verbindlichkeiten	47.060,54	5,23	43.608,13	6,04
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	14.400,23	1,60	0,00	0,00
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	22.146,60	2,46	37.539,60	5,20
Sonstige Verbindlichkeiten	10.513,71	1,17	6.068,53	0,84
Summe Passiva	899.344,40	100,00	722.405,23	100,00

Das GfbV-Team

Vorstand 2013

Jan Diedrichsen (Flensburg/Kopenhagen), stellv. Bundesvorsitzender (bis Oktober 2013)
Feryad Omar (Berlin), Bundesvorsitzender
Ulrich Pfingsten (Wittenberg), gest. 6. August 2014
Heinrich Schultz (Tating)
Maria Sido (Bonn)
Irina Wießner (Göttingen)

Kassenprüfer 2013

Prof. Dr. Thomas Klingebiel (Göttingen)
Günther Schierloh (Göttingen)

Schiedskommission 2013

Till Brandt (Bad Vilbel)
Kurt Weber (Göttingen)
Frieder Weiße (Berlin)

Mitarbeiter

Tilman Zülch – Generalsekretär - politik@gfbv.de - Tel.: 0551-49906-24

Kaan Orhon – Assistent des Generalsekretärs – k.orhon@gfbv.de

Inse Geismar - Referentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Publikationen - presse@gfbv.de –
Tel.: 0551-49906-25

Ulrich Delius - Referent für Afrika, Asien - asien@gfbv.de - Tel.: 0551-49906-27

Hanno Schedler - Mitarbeiter Afrika / Asien, Annahme von Praktikumsanfragen- h.schedler@gfbv.de
- Tel.: 0551-49906-15

Sarah Reinke - Referentin für GUS, Leiterin des Berliner Büros der GfbV – berlin@gfbv.de-
Tel.: 030-42804891

Jasna Causevic - Referentin für Südosteuropa / Flüchtlinge - j.causevic@gfbv.de -Tel.: 0551-49906-16

Yvonne Bangert - Referentin für indigene Völker- indigene@gfbv.de -Tel.: 0551-49906-14

Kamal Sido - Referent für Nahost- nahost@gfbv.de -Tel.: 0551-49906-18

Daniel Matt - Aktionen, Betreuung Ehrenamtlicher, Öffentlichkeitsarbeit - d.matt@gfbv.de –
Tel.: 0551-49906-17

Sandy Naake - pogrom-Redaktion - redaktion@gfbv.de -Tel.: 0551-49906-28

Michaela Böttcher – Online-Redaktion und Soziale Medien - m.boettcher@gfbv.de
Tel.: 0551-49906-10

Marlen Mock – Geschäftsführung - m.mock@gfbv.de - Tel.: 0551-49906-11

Christian Rach - Ansprechpartner für Abonnenten und Bestellannahme - c.rach@gfbv.de –
Tel.: 0551-49906-26

Serdar Baysal - Ansprechpartner für Mitglieder, Förderer und Spender - s.baysal@gfbv.de
Tel.: 0551-49906-29

Patrick Strehl – Verwaltung - p.strehl@gfbv.de - Tel.: 0551-49906-20

Iris Castro – Archiv - i.castro@gfbv.de- Tel.: 0551-49906-13

Joachim Raffert - Digitalisierung von Publikationen – araffert@gfbv.de

Muhamed Ibraimovic – Versand - m.ibraimovic@gfbv.de Tel.: 0551-49906-12

Cecile Ayoub – Mitarbeit - c.ayoub@gfbv.de

Praktikanten

Wir danken unseren vielen Praktikantinnen und Praktikanten aus dem In- und Ausland, die uns 2013 jeweils mindestens acht Wochen oder sogar länger ehrenamtlich in unserem Göttinger Bundesbüro oder in unserem Berliner Büro unterstützt haben. Ohne ihre wertvolle Hilfe wäre unsere Menschenrechtsarbeit in all ihrer Intensität und Vielfalt nicht möglich gewesen:

Liam Adamson, Hendrikje Alpermann, Sarah Anschütz, Janis Arnold, Michaela Böttcher, Stephanie Brause, Ilaria Cimino, Michael Egenolf, Lisa Elfering, Stacy Featherstone, Milena Feldmann, Claudia Fränkel, Niklas Freund, Marie Fuhrmann, Tobias Hachmann, Katharina Hager, Sonja Hartmann, Claudia Hausser, Chelsea Heese, Rada Hristova, Wiebke Hübner, Vera Huy, Pia Teresa Ilg, Sophia Israel, Kerstin Kesselgruber, Laura Knobloch, Christian Kramer, Manon Laberanne, Linus Mandl, Anisoara Moldovan, Ulrich Morenz, Robert Münch, Hi Tuyet Trinh Ngyuen, Marie Pardey, Mareike Peters, Silvia Prati, Irina Ramba, Nina Reuther, Jan Rodenbeck, Farina Sakallah, Michael Stoll, Kerstin Schmidtman, Anna-Lena Schreiber, Robert Weber, Rebecca Zenke, Marcella Zualla

ADRESSEN der GfbV-SEKTIONEN

GfbV-Deutschland

Victor-Gollancz-Haus
Postfach 2024
37010 Göttingen
Tel. +49-551-49906-0
Fax. +49-551-58028
info@gfbv.de, www.gfbv.de

GfbV-Bosnien-Herzegowina

Trampina 4 / IV,
71000 Sarajevo
Bosnien-Herzegowina
Tel.: ++387 33 213 707
Fax: ++387 33 213 709
E-Mail: gfbv_sa@bih.net.ba, www.gfbv.ba

GfbV-Schweiz

Schermenweg 154
CH-3072 Ostermundigen
Tel. +41 (0)31 939 00 00
Fax + 41 (0)31 939 00 19
E-Mail info@gfbv.ch

Gesellschaft für bedrohte Völker-Österreich

Untere Viaduktgasse 53/7a
A-1030 Wien
Tel: + 43 (0) 1-503 13361
E-Mail: office@gfbv.at – www.gfbv.at

GfbV-Südtirol/Italien

Via Narconi 5 – CP/PF 233
I-39100 Bozen/Bolzano
Tel./Fax +39 0471 972240
E-Mail: info@gfbv.it

GfbV-Kurdistan/Irak

Dr. Yousif Dzayi
Tel. 00964 750 445 1836
yousifdzayi@hotmail.com